

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitung 25- und 72 Bl. Postzeitungsgebühren. Zustellungsabonnement 6.- M. pro Monat; für Länder mit unzulässigem Deutschensporto 8.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Abdruckte Beilage „Volk und Zeit“, Ferner: „Frauenstimme“, „Takt“, „Wort in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konsumsteuern 60 Pfennig, Reststeuern 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 25 Pfennig (täglich zwei selbige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3. wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredaktion: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 65/66.

Moskau mordet das Recht!

Anfrage gegen Anfläger!

Von Theodor Dan.

Vor verbrecherischen Tug im Kampf gegen ihre politischen Gegner sind die bolschewistischen Diktatoren noch nie zurückgeschreckt. Und doch überließen sie alle ihre bisherigen Leistungen mit dem Prozeß, der morgen in Moskau beginnt und in dem die russische Sozialdemokratie auf die Anklagebank gesetzt werden soll, als Partei der „Schädlinge“ und „Interventionisten“!

Es genügt, diese zwei Worte mit dem Namen der Partei zusammenzustellen, an deren Spitze Martow gestanden hat und die bis heute fest an den Grundlinien der Martowschen Politik hält, um die ganze bodenlose Verlogenheit der gegen sie gerichteten Anklage zu erfassen.

Unsere Partei war mit dem bolschewistischen Umsturz nicht einverstanden, denn sie meinte, daß auf dem Boden der Demokratie die Interessen der Revolution und des werktätigen Volkes besser gewahrt werden können, als auf dem Boden der Parteidiktatur, die, wie die Sozialdemokratie schon damals vorausah, unvermeidlich zu utopischen Experimenten, zum Terror und schließlich zur Herausbeschwörung einer konterrevolutionären Gefahr führen mußte.

Keinen Augenblick dachte aber die russische Sozialdemokratie daran, das wirtschaftliche Wert der Bolschewisten irgendwie zu „schädigen“. Im Gegenteil, vom ersten Tage an stand sie mit voller Entschiedenheit gegen die „Sabotage“, mit der damals der überwiegende Teil der „Intelligenz“ die Bolschewisten bekämpfen wollte. Sie trat ein für die positive Mitarbeit an der wirtschaftlichen Auserziehung des Landes aus den Trümmern — erst des Weltkrieges, dann des sogenannten „Kriegskommunismus“. Solange die Mitglieder unserer Partei dazu die Möglichkeit hatten, arbeiteten sie eifrig am wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Und ohne Hebertreibung kann man sagen, gerade den Menschen, ihrem Fleiß, ihren Kenntnissen, ihrer Hingebungsverbundenheit die Bolschewisten einen großen Teil der Erfolge, die ihnen die Epoche der „neuen wirtschaftlichen Politik“ brachte. Und das soll die Partei der „Schädlinge“ und „Saboteure“ sein?

Und die allgemeine Politik? Wir wissen uns eins mit der Klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Welt, wenn wir nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Freiheit stehen und nicht von der Genialität diktatorischer „Führer“, sondern von der freien und organisierten Betätigung der Arbeiterklasse selbst die sozialistische Befreiung erwarten. Unser Stolz war aber und bleibt, daß wir in unserem Kampfe für die Demokratie niemals die besonderen Kräfteverhältnisse in Rußland, die Interessen der Revolution und die konterrevolutionären Gefahren vergessen haben.

Eben deshalb traten und treten wir noch heute ein gegen den gewalttätigen Umsturz der bolschewistischen Diktatur. Eben deshalb predigen wir die Verurteilung der kommunistischen und sozialistischen Arbeiter zum Zwecke der allmählichen und friedlichen Demokratisierung des Sowjetregimes, als den einzigen für die Proletariat gangbaren Weg von der Diktatur zur Demokratie. Eben deshalb haben wir schon in den ersten Tagen nach dem bolschewistischen Umsturz die Losung „Koalitionsregierung der sozialistischen Parteien“ — die bolschewistische mit inbegriffen — aufgestellt. Eben deshalb haben wir in den Stunden der höchsten Gefahr, als Denikins Weißgardisten Moskau bedrohten, die Mitglieder unserer Partei mobilisiert und sie zur bewaffneten Verteidigung der bolschewistischen Regierung, die uns blutig verfolgte, aufgerufen. Eben deshalb treten wir bis heute gegen alle Pläne der Konterrevolution auf, auch wenn sie sich in den Mantel des Protestes gegen Terror, Verfolgung der Kirche, Zwangsarbeit oder Dumping hüllen.

Und eine solche Partei soll mit der Konterrevolution konspirieren und von ihr ausgehalten werden? Brauche ich noch ein Wort über den „Interventionismus“ unserer Partei zu verlieren? Wir, die wir

Privatisierungsgefahr in Berlin!

Ausländisches Finanzkapital will die Elektrowerke beherrschen.

Seit einigen Wochen hatte die Stadt Berlin mit Preußen und dem Reich um die Beschaffung von Anleihen verhandelt. Diese Anleihen sollten dazu dienen, den Banken mehrere hundert Millionen kurzfristige Kredite zurückzahlen und die Stadt vor der Gefahr großer Kreditkündigungen, die immer wieder das finanzielle Ansehen Berlins gefährden, zu befreien. Diese Verhandlungen sind noch in vollem Gange.

Jetzt hat sich eine ausländische Elektrogruppe, und zwar die „Sofina“ des belgischen Elektrofianziers Dannie Heinemann, an die Stadt Berlin mit einem Angebot gewandt. Der belgische Sofina-Konzern verspricht die Vermittlung einer Anleihe von etwa 100 Millionen Dollar.

An diese Anleihe ist aber die Bedingung geknüpft, daß 51 Proz. der Bewag in die Hände des Sofina-Konzerns übergehen sollen.

Was dieser Vorschlag bedeutet, ist ganz klar. Der Stadt Berlin soll der bisher allein entscheidende Einfluß über die Berliner Kraftversorgung und die Gestaltung der Berliner Krafttarife zugunsten des ausländischen Kapitals entzogen werden.

Es ist sicher, daß die belgische Sofina mit deutschen Bank- und Elektrokreisen, die schon immer die Privatisierung der Berliner Werke betrieben haben, in Verbindung steht. Es ist ja bekannt, daß der einflußreiche Direktor Dr. Rehl von der Deutschen Bank u. Discontogesellschaft schon seit Jahren für die Privatisierung der öffentlichen Unternehmungen in Deutschland

kämpft. Ebenso ist Generaldirektor Döllen von der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen stark an den belgischen Vorschlägen interessiert, der schon vor kurzem aus den Berliner Finanzverlegenheiten durch den Rückwerb der Südwest-N.-G.-Aktien Vorteil geschlagen hat.

Herr Dannie Heinemann von der belgischen Sofina hat zwar bisher noch nicht bewiesen, daß er die versprochene Anleihe auch beschaffen kann.

aber die Berliner Öffentlichkeit muß jetzt mit der möglichen Gefährdung des bisher rein öffentlichen Charakters der Berliner Werke rechnen, der durch die Zusammenarbeit mit Preußen und durch das Zusammengehen mit Preußen und dem Reich nicht beeinflusst worden wäre.

Die Stadt Berlin trifft an dem Eintritt solcher Gefahren keine Schuld. Berlin ist heute weniger verschuldet als im Jahre 1918, trotz der Geldentwertung und obwohl sich der Wert des städtischen Besitzes erhöht und die Bevölkerung vermehrt hat. Berlin ist kreditwürdig nach wie vor. Wenn es heute nicht genügend kreditfähig ist, so zeigen sich hier die Folgen der jahrelangen kommunalfeindlichen Kreditzerstörung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und auch die allgemein den deutschen Kredit gefährdenden Folgen des Eintritts der Nationalsozialisten in die deutsche Politik.

(Vergleiche die ausführliche Darstellung im Wirtschaftsteil.)

unablässig gegen die Interventionisten aller Art kämpften und noch kämpfen, die unablässig gegen alle Versuche einer wirtschaftlichen oder finanziellen Blockade Sowjetrußlands protestierten und protestieren und unablässig die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung forderten und fordern — wir können ruhig mit tiefster Verachtung den Anklägern antworten: Sie kennen ja die ganze Verlogenheit ihrer Anklage ebenso gut wie wir selbst!

Ja, sie kennen sie, und darum wird der ganze Prozeß mit einer raffinierten Perfidie aufgemacht, die ihresgleichen selbst in der Geschichte der bolschewistischen Justiz kaum findet. Als vor Jahren der „Prozeß der Sozialrevolutionäre“ inszeniert wurde, so sahen doch auf der Anklagebank wirkliche Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei. Die Angeklagten, die jetzt das „Union-Büro des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“ darstellen sollen, haben nicht nur nichts gemein mit den Zentralinstanzen unserer Partei, sondern sind fast ausnahmslos vor zehn und mehr Jahren öffentlich aus unserer Partei ausgetreten. Sie wollten parteilos sein und meinten, daß die „rein sachliche Arbeit“ besser als die politische Opposition den wirtschaftlichen Aufbau des Landes und zugleich den allmählichen Abbau der Diktatur und die Rückkehr zur demokratischen Freiheit fördern würde. Das war gewiß eine Illusion. Aber diese Illusion wurde ihnen von den Bolschewisten selbst, ja von Lenin selbst in den Jahren der „neuen wirtschaftlichen Politik“ beigebracht. Sie wurden auf die höchsten Posten gestellt, als „echte Sowjetpezialisten“ und „Volksgelahrte“ gefeiert. Und nun müssen sie diese Illusionen büßen, müssen die Rolle der Prügelknaben für die Rykow, Bucharin, Tomski, für die ganze „alte Garde“ des Bolschewismus spielen, die sich unzertrennlich mit der „Rep“, mit der „neuen ökonomischen Politik“, verbunden hat, die der abenteuerlichen „Generallinie“ nicht folgen kann, weil sie an ihrem Ende die Katastrophe und die Konterrevolution sieht, und die man eigentlich meint, wenn man auf Groman, Suchanow und ihre Leidensgenossen losschlägt!

Dieselben Groman und Suchanow müssen aber auch die Partei vertreten, der sie mehr als 10 Jahre vordem den Rücken gekehrt haben, von der sie nichts wissen, mit der sie schon lange nicht mehr verbunden sind! Auf diese Weise denken die feigen Henker mit der Sozialdemokratie leichter fertig zu werden. So glauben sie leichter die erforderlichen

„Beweise“ bekommen zu können, als wenn sie sich mit uns von Gesicht zu Gesicht in freiem, offenem und ehrlichem Kampfe auseinandersetzen verweigern. Sie kennen ihre eigene Niedertracht nur zu gut! Ist es nicht bezeichnend, daß gerade in diesem Prozeß der berühmte Wjatschkin, der bisher immer in solchen Fällen den Vorstoß führte, nicht figuriert? Warum? Ja, eben weil er selbst aus unserer Partei ungefähr zu derselben Zeit ausgetreten ist, wie Groman, Suchanow und ihre Mitangeklagten!

Ob es den Henkern durch ihre nur allzubekanntenen Methoden gelingen wird, diesen oder jenen Angeklagten zu „Geständnissen“ zu zwingen, deren wir so viele in anderen Prozessen erlebt haben und deren Vorgehensmaß uns die schamlose und lächerliche Lüge über die angebliche Reise des Genossen Abramowitsch nach Moskau gibt, das werden wir in den nächsten Tagen sehen.

Die Henker können unzählige Menschenleben vernichten: der Sozialdemokratie können sie nichts antun. Da die sozialdemokratischen Ideen auch in Rußland aus den Lebensbedürfnissen der Arbeiterklasse selbst geboren werden, so wird auch der Prozeß nur ihre Popularität in der russischen Arbeiterschaft fördern. Hoffentlich wird er auch im internationalen Proletariat zum Verständnis der geschichtlichen Aufgaben der russischen Sozialdemokratie beitragen.

Jeder ehrliche Klassenbewußte Arbeiter muß sich doch einmal fragen: Wie kommt es, daß gerade in den Tagen, wo im Lande der „proletarischen Diktatur“ vom „An-die-Wand-Stellen“ der Sozialdemokraten gesprochen wird, die Scharmacherischen der deutschen Kapitalisten feierlich und mit Freundschaftsbezeugungen empfangen werden? Die Borzigs, die Poensgen und wie sie alle heißen, — ja, sie werden aus ganzem Herzen der Vernichtung dieser sozialdemokratischen „Schädlinge“ applaudieren!

Ja, die Scharmacher der ganzen Welt werden an dem Prozeß gegen die Sozialdemokratie ihre reine Freude haben! Um so mehr haben die Arbeiter der ganzen Welt Ursache, sich mit aller Leidenschaft und Wucht zur Verteidigung der russischen Sozialdemokraten zu erheben. Nicht nur, weil es seit jeher der Stolz der internationalen Arbeiterklasse war und ist, Vorkämpferin im Kampfe gegen jede Ungerechtigkeit, jede Vergewaltigung zu sein, sondern auch weil der Kampf der russischen Sozialdemokratie für die Revolution, für die Arbeiterklasse und für den Sozialismus ihr eigener Kampf ist!

Kalte Rache für ein warmes Frühstück.

Deutschnationaler Locarnopolitik.

„Die Deutschnationalen“, sagte jüngst Hugenberg in Hannover, „sind nicht unvernünftig, wenn sie regieren.“ Dieses Wort des deutschnationalen Parteiführers liefert vielleicht auch den Schlüssel des Verständnisses für den neuesten Männerstreit, der die Reihen der nationalen Rechten erschütterte.

Herr v. Frentag-Boringhoven hat an den Minister Schiele einen Brief geschrieben, in dem er ihn beschuldigt, als Minister der Locarno-Vorzeit ein doppeltes Spiel getrieben zu haben. Den Deutschnationalen gegenüber habe er so getan, als ob er Stresemanns Politik bekämpfe. Dabei habe er aber am 16. Oktober 1925 ein Frühstück mit dem englischen Botschafter d'Alberson veranstaltet und seine deutschnationalen Ministerkollegen sowie den Grafen Westarp und den Professor Hoegsch dazu mit eingeladen.

Jedermann wird sofort fragen, ob sechs starke deutsche Männer nicht einmal mit dem englischen Botschafter frühstücken können, ohne umzufallen. Frentag sieht diesen Einwand voraus und zitiert die — bekanntlich sehr indiscrete — Remoires des Lords. Darin sagte dieser, er habe den Eindruck gehabt, daß man ihn eingeladen habe, damit er den deutschnationalen Herren die Vorteile des Sicherheitspaktes auseinandersetze.

Hat der englische Botschafter die Absicht Schieles richtig gedeutet? „Ja“, sagt Frentag mit scharfer Betonung, und er fährt in seinem Brief an Schiele wörtlich fort:

„Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich als starken Beweis für die Richtigkeit dieser Deutung die Tatsache anführe, daß das Stattfinden des Frühstücks mir ebenso wie den anderen außenpolitischen Mitarbeitern in der Fraktion, die als Gegner der Locarnoverträge bekannt sind, verschwiegen worden ist.“

Kalte Rache für ein warmes Frühstück! Herr Schiele wird sich also noch nach Frentags Worten müssen, warum er zu jenem Frühstück Herrn v. Frentag nicht mitgeladen hat.

Doch wie sagt Hugenberg? „Die Deutschnationalen sind nicht unvernünftig, wenn sie regieren.“ War es nicht eben deswegen, daß Herr v. Frentag damals nicht mitfrühstücken durfte? Nur, wenn sie nicht regieren, sind die Deutschnationalen so unvernünftig, wie es Herr v. Frentag immer ist.

Notverordnung statt Krüdstod?

Eine Antwort auf eine Bitte von Schiele.

Die Hugenbergische Telegraphenunion teilt mit:

Der Reichsernährungsminister Schiele hatte an den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kaldreuth, die schriftliche Bitte gerichtet, sich bei der Rechtsopposition des Reichstages für Beteiligung an den Abstimmungen über den Ernährungshaushalt, insbesondere zum Getreidefleischkontingent und zum Brotgesetz, am Dienstag zu beteiligen. Wie verlautet, hat Graf Kaldreuth den Brief an Dr. Hugenberg und den Abgeordneten Sidör weitergegeben und dazu bemerkt, daß die Wiedereinführung des Getreidefleischkontingents tatsächlich eine schwere Schädigung der Rindfleischhaltung bringen würde. Die Bedeutung des Brotgesetzes sei in der Landwirtschaft unstrittig, so daß es fraglich sei, ob die beantragten Änderungen eine große Auswirkung hätten. Der Reichslandbund fordere statt des bisherigen Brotgesetzes eine allgemeine Roggenmehlbeimischung unter Wählerkontrolle.

Gleichzeitig hat Graf von Kaldreuth dem Reichsernährungsminister Schiele von diesem Schritt Kenntnis gegeben und betont, daß er davon abgesehen habe, auf die parteipolitischen Entschlüsse der Deutschnationalen und Nationalsozialisten in irgendeiner Form einzumischen. Er sei der Überzeugung, daß die Reichsregierung unabhängig vom Parlament die Möglichkeit habe, die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Zollermäßigungen und die Agrarvor schläge Schieles möchten sie gerne haben, weil es sich für sie rentiert. Dafür stimmen man wollen sie nicht, weil sie dann als begoffene Pöbel in den Reichstag zurückkehren müßten.

Wo soll Hindenburg mit einer Notverordnung ihnen zu Hilfe kommen. Die Großgrundbesitzer sind immer noch die unerschrockenste und egoistischste Bande gewesen!

Das Zollgesetz im Reichsrat.

Schiele drängt auf Beschleunigung.

Das Gesetz über Zolländerungen ist vom Reichsernährungsministerium im Benehmen mit den beteiligten Reichsressorts endgültig formuliert und dem Reichsrat zugeleitet worden. Reichsminister Schiele hat bereits am Freitag den Reichsrat in einem eingehenden Referat über das Zollgesetz und das Agrarprogramm der Reichsregierung informiert, um eine Verkürzung der Einlesungsfrist und eine schnelle Behandlung des Gesetzes im Reichsrat zu ermöglichen.

Neue holländische Boykottbewegung.

Alarm wegen des deutschen Agrarprogramms.

In der holländischen Landwirtschaft hat das vor dem deutschen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Reichstag eingebrachte Agrarprogramm starke Erregung ausgelöst, da man für den Fall der Annahme des Programms neue Zollherabsetzungen seitens des Deutschen Reiches für landwirtschaftliche Erzeugnisse befürchtet. Die Befürchtungen fanden Ausdruck in einer Entschlüsselung, die auf der Tagung des Abwehrkomitees der holländischen landwirtschaftlichen Organisation gefaßt wurde, und in der auch die starke Verstimmung, die das Agrarprogramm nach Ansicht des Komitees in Holland ausgelöst hat, zum Ausdruck kommt. Es wird in der Entschlüsselung betont, daß man es unter dem Gesichtspunkt der Selbsterhaltung für notwendig halte, schon jetzt bestimmte Maßnahmen ins Auge zu fassen, falls das Programm des Ministers Schiele unverändert durch den Reichstag angenommen werden sollte, und daß man auch unersetzlich mit den landwirtschaftlichen Organisationen anderer Länder, namentlich Dänemarks, Letlands und Belgiens, frühzeitig zusammenarbeiten müsse. Auch die holländischen Importeure deutscher Waren sollen für die Frage interessiert werden.

Gesandtschaften.

Der Reichspräsident hat den Gesandten in Brüssel, Graf von Bismarck, zum Gesandten I. Klasse in Lissabon, den Vortragenden Legationsrat Freiherrn von Oen-Bachendorf zum Gesandten in Luzern, dem Konsul in Beirut, Dr. Schwörbel, zum Gesandten in Kabul und den Legationsrat I. Klasse Dr. Ziemke zum Konsul in Beirut ernannt.

Bremen bleibt verschont.

Mißtrauensvotum gegen Senat abgelehnt. — Niederlage der Nationalsozialisten.

Bremen, 27. Februar. (Eigenbericht.)

In der Bremer Bürgerschaft wurde heute der seit zwei Monaten auf der Tagesordnung stehende nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Senat abgelehnt, nachdem zwischen den Rechtsparteien wochenlange Beratungen über die Bildung eines Bürgerblodes als einschließend der Nationalsozialisten stattgefunden hatten. Diese Verhandlungen sind am Mittwoch gescheitert, weil Staatspartei und Zentrum sich an einem Hakenkreuzsenat nicht beteiligen wollten, und Volksparteiler, Nationalsozialisten und Hausbesitzer zusammen nur über eine Stimme Mehrheit verfügt hätten.

In außerordentlich dürftiger Weise wurde das Mißtrauensvotum von dem nationalsozialistischen Fraktionsführer begründet, der nicht ein einziges Wort sachlicher Kritik gegen den Senat der Großen Koalition vorzubringen vermochte. In vier Stunden langer Debatte entspann sich ein heftiger Redekampf,

hauptsächlich zwischen Volksparteilern und Deutschnationalen, die sich gegenseitig Verrat an den Interessen des Bürgerturns vorwarfen.

Die Deutschnationalen erhoben gegen die Volkspartei den Vorwurf,

daß sie Befangene der Sozialdemokratie sei und nicht den Mut habe, trotz bürgerlicher Mehrheit gegen die Sozialdemokratie zu regieren. Die Deutschnationalen kündigten schärfste Opposition und Obstruktion gegen die Regierungsmehrheit an und parlamentarische sowie außerparlamentarischen Kampf gegen die Volkspartei, Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler setzten sich für den Weiterbestand der Großen Koalition ein, während Hausbesitzer und Kommunisten gegen den Senat Sturm ließen. Die letzteren, die sich offenbar schämten, dem Hakenkreuzantrag zuzustimmen, brachten einen eigenen unbegründeten Mißtrauensantrag ein, der jedoch nicht einmal die nötigen Unterschriften fand.

Der Mißtrauensantrag erhielt 46 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei und Hausbesitzer. Die Fraktionen der Großen Koalition enthielten sich der Stimme, so daß der Mißtrauensantrag, der verfassungsmäßig 61 Stimmen haben mußte, abgelehnt wurde.

Zum Schluß brachten Nationalsozialisten und Deutschnationalen einen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft ein, der jedoch keine Aussicht auf Annahme hat. Die Rechtsopposition will es nach ihren Ankündigungen bis zum Volksentscheid auf Auflösung der Bürgerschaft treiben.

Severing in Braunschweig.

Im Kampfe gegen die Nationalsozialisten.

Braunschweig, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Braunschweiger Sozialdemokratie beschloß ihre öffentlichen Versammlungen für die am Sonntag stattfindenden Kommunalwahlen mit zwei überfüllten Massenkundgebungen, in denen der preussische Innenminister Severing und der Oberbürgermeister von Altona, Genosse Brauer, sprachen.

Stürmisch von den Massen gefeiert, führte Severing u. a. aus: Er werde auf seinem Amte in Preußen deswegen ausbarren, damit die Welle der Nationalsozialisten nicht Preußen überfluten solle. Er begrüße das Reichsbanner in seiner neuen Gliederung.

Als preussischer Innenminister bekämpfte er unzählige Berichte über die Versammlungen der Apostel des Dritten Reiches. Alle Stimmen darin überein: 1. in der Kohle der Sprache, 2. in der Unwahrscheinlichkeit der Behauptungen und 3. in dem Trost an die SA-Beute und an die eingeschriebenen Mitglieder, daß es bald im nächsten Monat, bald im nächsten Sommer „losgehen“ werde. Auf der Reise nach Braunschweig habe er allerdings im „Völkischen Beobachter“ einen neuen Trost für die Nazianhänger gelesen; in einem Artikel hieß es, daß es im „nächsten Winter“ losgehen werde.

Severing erklärte ferner: Der Stahlhelm will in diesem Monat noch das Volksbegehren mit dem Ziel, den Preussischen Landtag aufzulösen, einreichen. Dabei muß der Preussische Landtag im nächsten Frühjahr formale Neuwahlen machen. Das Volksbegehren und der Volksentscheid nehmen 40 bis 45 Wochen in Anspruch. Der Stahlhelm könnte mit seiner Aktion höchstens als „Erlös“ verbuchen, daß der Preussische Landtag zwei oder drei Monate früher als normal

gewählt werden müßte. Das ist eine mißbräuchliche Anwendung des Volksentscheids, den ich deshalb als Klamauk bezeichnet habe. Allerdings habe ich gleich übergehend hinzugefügt, daß ich unter Klamauk den Lärm um des Lärmes willen verstehe. Wenn man mir etwa nachsagt, daß ich diesem Volksbegehren Schikane bereite oder es absichtlich verlangsamt, so trifft das nicht zu. Daran hat die preussische Regierung und habe ich keinerlei Interesse. Aber eins verstreiche ich dem Stahlhelm und der gesamten Reaktion: ich habe ein deutsches und ein vaterländisches Interesse daran, daß ich als preussischer Innenminister das deutsche Volk vor Beunruhigungen und vor politischem Fanatismus, der uns schwer im Innern und nach außen geschädigt hat, schützen kann.

Mit einem begeistert aufgenommenen Appell, nur sozial eingestellte Männer in das Rathaus zu wählen und vor allem ganz Deutschland und der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß das politische Barometer am 1. März auf „Gut Wetter“ stehe, schloß der preussische Innenminister seine jubelnd ausgenommenen Ausführungen.

Hitters „rauhe Kämpfer“.

Sie verprügeln sich untereinander. — Hitler muß säubern.

Bonn, 27. Februar. (Eigenbericht.)

In Bonn wurde die Schutzstaffel der Nationalsozialisten von Hitler aufgelöst. Veranlassung dazu sah Hitler vor allem in den gegenseitigen Beleidigungen zahlreicher Mitglieder der Schutzstaffel über Vergehen krimineller Art. Im Verlauf dieser Straftatellen kam es in den letzten Tagen wiederholt zu Tätlichkeiten unter den Nazis.

Ein Teil der hiesigen Nazis sucht jetzt jetzt Anschluss bei den Kommunisten.

Die Hugenbergclique am Dranger

Justizdebatte im Preussischen Landtag.

In der weiteren Aussprache über den Justizetat nahm im Landtag gestern nachmittag das Wort

Abg. Steuer (Dmit.): Der „Vorwärts“ hat die Kritik Dr. Deerberrgs an der Justiz im Ausschuss unterschlagen. Die Linkspresse hat künstlich einen Fall Deerberrg konstruiert. Es ist nicht wahr, daß auf Herrn Deerberrg jemals ein Druck ausgeübt wurde. Der „Vorwärts“ und die übrige Linkspresse haben bewußt mit Fälschungen gearbeitet. (Zuruf: Was ist denn nun eigentlich passiert? Heiterkeit.) Das will ich Ihnen sagen: Herr Dr. Deerberrg hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt! (Langanhaltende stürmische Heiterkeit.)

Das heftige Trommelfeuer Kuttners kann für den Verfasser „Gesellschafts Justiz“ nur schmeichehaft sein. Wenn sich die Kritik schon mit seinem Leumund beschäftigt muß, steht es um die Beweggründe schlecht. Bis jetzt konnten ihm höchstens Preisvergehen nachgewiesen werden und daß er sich nach seiner sozialdemokratischen Zeit nach rechts entwickelt hat. (Abg. Kuttner: Er hat selbst zugegeben, daß er als Sozialdemokrat rechts gewandt hat!) Deshalb darf ein Buch in seiner Bewertung nicht herabgesetzt werden. Einzelheiten mögen darin nicht stimmen, aber es kommt auf das Resultat der Betrachtungen an.

Die heutige Rechtsprechung ist eine stumpfe Waffe gegen Korruptionsercheinungen, weil sich die Betreffenden rechtzeitig eine Unfallsopfer in Form des SPD-Mitgliedsbuches verschaffen. Die Sozialdemokratie will in der Justiz das letzte überparteiliche Palladium zerstören. Da sie ihre Intelligenz bereits aufgebraucht hat, springt das Zentrum ein. Die Todesstrafe ist nicht nur berechtigt für Mord, sondern muß auch auf Landesverrat ausgedehnt werden. Landesverrat ist auch die Revolution von 1918 gewesen, als die Sozialdemokratie das Volk mit Gewalt gezwungen hat, mit demokratischen Karten zu spielen. Für die Deutschnationalen fällt der Kampf um den Rechtsgedanken zusammen mit dem Kampf um den Staat.

Abg. Heilmann (Soz.):

Es ist nur logisch, daß der Vordränger mit einem politischen Kampfwort geschlossen hat. Damit beweisen die Deutschnationalen, daß es ihnen bei dieser Auseinandersetzung nur auf politische Rache, nicht aber auf den Rechtsgedanken ankommt.

Herr Steuer hatte die Stirn, dem Hause zu sagen, daß Dr. Deerberrg aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Mit dieser Einseitigkeit hat er seiner Rede jeden Wert genommen. (Abg. Steuer: Wollen Sie mich der Lüge weihen?) Ich habe von den Deutschnationalen keine Antwort verlangt. (Die Deutschnationalen verlassen den Sitzungssaal.)

Ich habe nicht die Absicht, mich mit den Deutschnationalen zu unterhalten. Wenn ich antworte, so nicht herabzusetzen, sondern weil eben diese Tribüne von ihnen mißbraucht wurde.

Sie können nicht aus der Welt schaffen, daß bei ihnen unter Hugenberg zwei verschiedene Auffassungen über das Wesen der Justiz bestehen. So hat z. B. Abg. Dr. Kaufmann bekannt, er habe den Eindruck, daß sich die heutige Justiz alles andere als verschlechtert hat.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen hatte man Herrn

Steuers Rede! (Zuruf: Vorsicht, sonst gibt's wieder eine Mandatsniederlegung! Heiterkeit!) Wenn die deutschnationalen Fraktion aus lauter Steuers bestände, könnte es uns nur recht sein!

Herr Dr. Deerberrg hat einmal im Ausschuss ausgesprochen, daß er von einem Richter zweierlei verlangen muß: einmal soll er sich jeder feindseligen Haltung gegen den Staat enthalten und dann darf er sein Urteil nicht politisch beeinflussen lassen. Das allein wollen wir und dafür kämpfen wir mit aller Entschiedenheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das ganze Gefammer des Herrn Steuer über falsche Presseberichte in bezug auf den Fall Deerberrg interessiert uns nicht. Er hat auf einem Jurist des Kollegen Falk geantwortet: Das geht Sie nichts an! Aber die Herren von rechts dürfen versichert sein: Wir wissen schon, was geschehen ist. Dr. Deerberrg ist verdrängt worden, weil er die Verleumdungsbroschüre des Moritz-Jarnow abgelehnt und der Wahrheit die Ehre gegeben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Steuer hat mit großem Pathos behauptet, die Justiz sei heute eine stumpfe Waffe gegen Korruption. Wir werden die Herren nicht daran hindern, mit schärferen Mitteln gegen Korruptionsercheinungen vorzugehen. In der Beurteilung solcher Fälle sind die Deutschnationalen bestimmt nicht schärfer als wir. Im Fall der Raiffeisenbank waren die Schädigungen des Staates bestimmt größer als durch Skarz, Barmat, Antiofer und Skarel zusammengenommen. Damals haben sich die Deutschnationalen schützend vor den Schwindler und Hochstapler Uralzoff gestellt. In seiner Gesellschaft Dietrich und Seemann-Gegebrecht. Wir haben nie behauptet, daß diese Herren korruptiv sind, aber zum Ausdruck gebracht, daß sie zweifellos dem Schwindler Uralzoff zum Opfer gefallen sind. Zur Voruntersuchung dieses Falles hat man im ganzen fünf Jahre gebraucht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer Mißstände heilt, muß auch zeigen, daß er ehrlich gegen sie kämpft. Diesen Eindruck konnte niemand von Herrn Steuers Rede haben, denn es ist dabei auch nur auf die politische Rache ankam. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Steuer glaubt bemerkt zu haben, daß bei uns die geistige Reserve erschöpft ist. Wie aber muß es erst um die geistige Reserve bei den Deutschnationalen stehen?! Herr Steuer durfte dem großen Herrn Hugenberg, wenn er in seine Versammlungen ging, die Antworten nachfragen und dafür in der Versammlung auch einige Worte sprechen. (Heiterkeit!)

Jetzt hat der Heine Herr Steuer, der Parteiführer, über den Richter Deerberrg, die Boykottaktion über die Intelligenz gelegt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Glanzstück solcher Darstellung waren seine Ausführungen über unsere Stellung zur Todesstrafe. Er hat es so hingestellt, als läme es um darauf an, Bestien in Menschengestalt wie den Raubmörder Kürten aber die Völkerde-Totenbahnenwörter zu schämen. Das ist bemerkt falsch. Es kommt uns darauf an, Justizworte zu verhindern. Er meint freilich, daß solche nicht vorzukommen könnten. Die hohe Zahl der in der letzten Zeit durchgeführten Wiederaufnahmeverfahren beweist nicht, daß die Justiz sich heute

mehr irrt als früher, sondern daß man sich damals zum größten Teil aus Eigensinn gegen Wiederaufnahmeverfahren verhielt. Gerade unter Herrn Deerbegs Mitwirkung sind ja solche Wiederaufnahmeverfahren in Gana gekommen. (Der Redner führt eine ganze Reihe von solchen Fällen an, wo nachträglich festgestellt wurde, daß nach jahrelanger Zuchthausstrafe wegen Mordes und anderer schwerer Verbrechen Verurteilte rehabilitiert wurden. In einem Fall kam das Wiederaufnahmeverfahren zu spät, da der unschuldig Verurteilte inzwischen im Zuchthaus verstorben war.)

Wie kann sich nach diesen Beispielen Herr Steuer hier hinstellen und behaupten, daß Justizmarke unmöglich sind!

Wir sind der Auffassung, daß angesichts der unglaublichen Berührung unserer Zeit der Staat zuerst mit gutem Beispiel vorzugehen und das Gebot beachten muß: Du sollst nicht töten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Den Fall des Stahlhelmführers Düsterberg in Halle verurteilte Herr Steuer ganz harmlos hinzustellen. Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, worum es sich handelt. Düsterberg hat behauptet, daß der damalige Innenminister Erzseinski im Saldo des Feindbundes steht. Dafür habe er sich einen Orden verdient, den er sich an seinen Frau heften möge, damit man ihn bei seinen festlichen Gelegenheiten besser von einem Kellner unterscheiden kann. (Stürmisches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt ist es glücklicherweise das vierte Verfahren, das wegen dieser ganz eindeutigen Beleidigung und Verleumdung schwebt!

Herr Steuer hat auch behauptet, daß die Sozialdemokratie 1918 Landesverrat begangen und das deutsche Volk mit Gewalt gezwungen hat, mit demokratischen Parteien zu spielen. Ich stelle fest, daß 1918 in keinem Falle Gewalt angewendet worden ist. Es war nämlich überhaupt keine da, gegen den man Gewalt hätte anwenden können. Denn alle die Herren, die heute so gewaltig den Mund aufreißen, haben damals nicht die Verpflichtung gefühlt, das alte System gegen die Demokratie zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben auch nicht den politischen Mord als die Voraussetzung zur Verhinderung eines Verfassungsbruches geduldet. Die aus solchen Motiven entsprungene Tat Friedrich Adlers, der in Österreich den Grafen Stürgg erschoss, ist damals von der sozialdemokratischen Presse mißbilligt worden. Immerhin war es eine Tat des Mordes und nicht auf eine Stufe zu stellen mit den Verbrechen feiger Hememörder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verwerfen grundsätzlich die Gewalt des einzelnen als politisches Kampfmittel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im allgemeinen ist unsere Kritik als sachlich anerkannt worden. Trotzdem hat man versucht, alles auf sogenannte Einzelfälle abzukübeln. Zweifelloser aber handelt es sich um ein System.

Der Redakteur der „Saale-Zeitung“ Elze konnte u. a. schreiben, die Zustimmung Otto Brauns sei nichts weiter, als eine Judas-Machiavelli-Tat. Er sollte so tun wie jener: hingehen und sich aufhängen, weil er die Ehrlichkeit verkauft habe! Das Urteil war ein Freispruch mit der Begründung, daß er in starker Erregung und in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. In dem Urteil findet sich weiter der Satz, daß aus der Form nicht die Absicht der Beleidigung hervorgeht. (Große Bewegung und Unruhe links und in der Mitte.)

Dergleichen kann auch Hindenburg passieren. Goebbels ist bekanntlich schon freigesprochen worden dafür, daß er die Worte sprach: „Ist Hindenburg noch“, als er dem Reichspräsidenten völlige Apathie vorwarf und ihn beschuldigte, daß er totlos dem Glend des deutschen Volkes zusehe. Das konnte in Berlin passieren, nicht in Hinterpomern! Solche Fälle könnte ich Ihnen wochenlang vortragen.

In Raumburg sowohl als auch in Halle sind die leitenden Festivalschleichen öffentlich oder nationalitätlich. In Halle sitzt Herr Landgerichtsdirektor Böhmermann im Löwenbräu und rühmt sich den Nazis gegenüber seiner Heidenität und der Schikanen von Mühlsteinern des republikanischen Richterbundes. Das alles sind keine Einzelfälle, hier handelt es sich um Ausläufer eines Systems, das wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dabei erkennen wir an, daß die Klätter sich meist in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden, treue Arbeit leisten und in den meisten Fällen gewissenhaft und objektiv Recht sprechen. Nicht diese greifen wir an, sondern diejenigen, die eine politische Tendenz in die Justiz tragen und nicht objektiv sind.

Was zweifellos könnte die Justiz angesichts der beispiellosen Verdrängung des öffentlichen Lebens tun, als sie tut. Wir machen nicht die bis zur Bestimmungslosigkeit von Hegern fanatisierten jungen Leute für Ausschreitungen und Skandale verantwortlich. Unter dem alten System wurde der Schriftsteller Brandt zu einhundert Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den Reichskanzler Bülow beleidigte, als er ihn homosexueller Neigungen beschuldigte. Man kann über das Strafmaß gemiß streiten. Es scheint aber, daß heute geradezu Prämien ausgesetzt werden für Verleumdungen von Männern in exponierter Stellung. Die Kränkung der persönlichen Ehre darf nicht weiter als Kleinigkeit betrachtet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Kritik an der Justiz ist sachlich und nicht beschimpfend. Sie hat den Zweck, dem Fortschritt des Rechtsgefühls, des Rechtes und der Menschlichkeit zu dienen. Nicht umsonst stand an der Wiege der Sozialdemokratie das alte Kampfbild, das mit den Worten beginnt:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit adelt,
Zu unserer Fahne steht zu Hau!“

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Giese (Z.) wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Abgeordneten Steuer. Ebenfalls sei die Kritik an der Personalpolitik des Ministers zurückzuweisen. Hierauf bespricht der Redner Beamtentragen.

Hr. Steinfurth (Konum.) erklärt, daß die Justiz gefesselt sei. Gegen das Proletariat sei sie aber ineffektiv, um den Faschismus der Regierung Braun durchzuführen. Er tritt für Strafanhalten und die Ausbeutung der Gefangenen durch Unternehmer. In Köln habe man einen neuen Justizwort verübt. Dort sei der Arbeiter Koch gestorben, weil ihn trotz Krankheit der Gefängnisarzt für unfähig erklärt habe.

Die Debatte über den Justizhaushalt wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag, 12 Uhr, vertagt.

Reynauds Rolle im Duffric-Prozess.

Eine Rechtfertigungsvorrede vor dem Untersuchungsausschuß.

Paris, 27. Februar (Eigenbericht).

Vor der parlamentarischen Untersuchungskommission im Duffric-Skandal erschien am Freitag der ehemalige Finanzminister und gegenwärtige Kolonialminister Reynaud, der an der Pariser Börse im Oktober vorigen Jahres das höchst eigenartige Polizeiverfahren gegen die Bailliers einleitete.

Reynaud erklärte in einer gut ausgearbeiteten Rede, daß er für diese Maßnahme noch nie persönlich eingetrete. Er bestritt jedoch, das Verbrechen zum Schutze Duffrics unternommen zu haben; die gesamte bärntechische Lage habe damals ein rigoroses Einschreiten erfordert, da sich die Bailliespekulation ausnahmslos über alle, selbst über die besten Werte geworfen hätte und katastrophale Zusammenbrüche heraufbeschworen hätte. Daß er, Reynaud, die Art dieser Wandoer richtig beurteilt habe, beweise, daß sofort nach der Einleitung des Polizeiverfahrens das Fällen der Kurse ausgehört habe. Im übrigen, hieß es Reynaud, habe er mit dem ganzen Duffric-Skandal nichts anderes zu schaffen gehabt, als daß er die Bank Adam und die dem Duffric-Konzern zugehörigen Schiffahrtslinien vor dem Zusammenbruch bewahrt habe.

Franzen-Polizei.

In Braunschweig wurde ein Schußpolizist gestungen, in seinem Bericht aus einem als Messerhelden festgestellten Nationalsozialisten eine „Person“ zu machen.



Die Polizei denkt, Nazi-Börner lenkt!

Streikrecht soll abgewürgt werden

Liberalen und Konservativen gegen Labour Party.

London, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß alle bisherigen Meldungen über einen Koalitionspakt zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen unrichtig sind, so lieferte ihn die Vereinigung der Liberalen und Konservativen gegen das neue Gewerkschaftsgesetz. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde in der Unterhaus-Kommission der liberale Zusatzantrag angenommen, der nicht nur den Generalstreik und jeden politischen Streik als kriminelles Vergehen stempelt, sondern auch

jeden größeren Streik und jeden größeren Lohnkampf.

Der entscheidende Satz des Beschlusses der Kommission lautet: „Wer durch Streik oder Zwangsarbeit die Allgemeinheit oder wichtige Teile der Allgemeinheit der Gefahr aussetzt, daß die Lieferung von Lebensmitteln, Wasser, Gas oder anderen lebenswichtigen Bedarfsgegenständen wird, macht sich eines kriminellen Verbrechens schuldig.“ Dieser Satz macht nicht nur das gesamte neue Gewerkschaftsgesetz wertlos, sondern verschärft sogar das im Jahre 1927 erlassene Baldwin'sche Ausnahmegesetz. Dieses konservative Gesetz verbietet nur den Generalstreik und den politischen Streik. Die Liberalen wollen jedoch in Zukunft jeden größeren Streik verhindern. Kein Eisenbahner, kein Bergmann, kein Transportarbeiter könnte es künftig wagen, in einen Lohnkampf zu treten. Selbst ein liberales Blatt wie der „Manchester Guardian“ übt hieran schärfste Kritik, indem er sagt: Selbst für die Liberale Partei ist es eine völlig neue Doktrin, wenn der Arbeiterschaft das Streikrecht genommen werden soll.

Der Artikel des „Manchester Guardian“ zeigt, wie unangenehm der liberale Antrag selbst in liberalen Kreisen empfunden wird. In der Tat: der konservativ-liberale Kommissionsbeschluss würde, wenn er bestehen bleibt, dem neuen Gewerkschaftsgesetz den Todesstoß geben. Damit

wäre aber auch gleichzeitig jede weitere Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterregierung und den Liberalen unmöglich geworden und eine politische Krise eröffnet, die nur mit

der Auflösung des Unterhauses enden könnte. Niemand wäre aber dadurch schwerer getroffen als die Liberalen, die in Wahrheit am Donnerstag nur das Spiel der Konservativen getrieben haben. Es würde eine Neuwahl ohne Wahlreform bedeuten, denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei dem in der nächsten Woche zur Beratung stehenden neuen Wahlgesetz auch die Arbeiterpartei der von ihr bisher den Liberalen zugestandenem Alternativenwahl das gleiche Schicksal bereiten werden, wie es jetzt das Gewerkschaftsgesetz durch die Liberalen erlitten hat. Damit wäre aber gleichzeitig die bisherige Politik Lloyd Georges wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Wir betonen deshalb verschiedene englische Blätter, daß der in den Kommissionsberatungen angenommene liberale Antrag einen Sieg des rechten Flügels der Arbeiterpartei und eine schwere Niederlage von Lloyd George bedeute.

Die Arbeiterregierung wird am Montag zu der neu geschaffenen politischen Lage Stellung nehmen. Was sie auch beschließen mag, das liberale Vorgehen ist eine Kriegserklärung an die Labour Party und an die englische Gewerkschaftsbewegung. So steht es auch der Generalrat der Gewerkschaften. In seinem Auftrag hat am Freitag der Vorsitzende Citrine dem Ministerpräsidenten schriftlich mitgeteilt, daß der liberale Antrag eine Herausforderung der gesamten Gewerkschaftsbewegung sei und der Generalrat diese Herausforderung annehme. „Für die Gewerkschaften — so heißt es in dem Brief weiter — ist jetzt das Gesetz

wertlos und unannehmbar

geworden, da es die Arbeiterschaft ihrer primitivsten Rechte berauben will. Die Gewerkschaften danken der Regierung und vor allem ihrem Sprecher Bawitt für die unergiebige Art, mit der er in den Kommissionsberatungen das Arbeitsrecht gegen die liberal-konservative Koalition verteidigte. Durch den neuen Beschluß sollen die Gewerkschaften bis in das Jahr 1871 zurückgeworfen werden. Aber wir haben ähnliche Anschläge in früheren Jahren abzuwehren verstanden, und wir werden es auch jetzt zu tun wissen.“

Belgische Sozialisten sollen helfen.

Lockende Koalitionsangebote, aber starke Bedenken.

Brüssel, 27. Februar (Eigenbericht).

Die politische Lage in Belgien hat sich plötzlich zugespitzt. Die Regierungsmehrheit ist in einer großen Reihe von Fragen hoffnungslos gespalten. In der gegenwärtig im Senat behandelten Frage der Erhöhung des Einfuhrzolles auf Hafer bekämpfen sich der Landwirtschaftsminister Boels und der Außenminister Hymans auf offener Tribüne. Dazu kommen die ewigen Unzuträglichkeiten in der Sprachenfrage, die Schwierigkeiten in bezug auf die Militärvorklage und verschiedene persönliche Reibereien. Unter diesen Umständen prophezeit man der Regierung Jasper kein langes Leben mehr. Schon verschiedentlich hatte man von Regierungsseite den Sozialisten zu verstehen gegeben, daß man ihren Eintritt in die Regierung nicht ungern sehen würde. Jetzt aber sind sehr verantwortungsvolle Persönlichkeiten der Regierungsparteien offen an die sozialistischen Führer herangegangen, um sie zur Teilnahme an einer Dreiparteien-Regierung zu bewegen. Da man längst weiß, daß die Sozialisten dies entschieden ablehnen, bis nicht Neuwahlen den Willen der Wähler deutlich kundgeben haben, so hat man sich jetzt erst entschlossen, einen stärkeren Druck auf die Sozialisten auszuüben, indem man ihnen den Vorschlag macht, der Regierungsteilnahme zum ausdrücklichen Zwecke der Verwirklichung der Sozialversicherung zuzustimmen. Das ist natürlich eine sehr wichtige Forderung für diese Partei, aber sie wird es sich noch sehr gründlich überlegen, ob sie sich auf eine derartige Kombination einläßt, denn die Jasper-Regierung hat in den letzten vier Jahren eine so schwere finanzpolitische Miswirtschaft getrieben, insbesondere durch Herabsetzung der Besitzsteuern unter gleichzeitiger fortgesetzter Erhöhung der Kriegsausgaben eine so schwere finanzielle Lage geschaffen, daß es schwer einzusehen ist, wo

das Geld für eine Sozialversicherung, wie sie vor allem die Sozialisten befriedigen könnte, herkommen soll. Auf keinen Fall könnten die Sozialisten den für die Festungsbauten angeforderten 800 Millionen Franken zustimmen. Immerhin ist in der nächsten Zukunft mit einer lebhafteren Entwicklung auf der politischen Bühne zu rechnen.

Frankreichs Arbeitslosigkeit.

Linderungsvorschläge auf dem Rücken der Ausländer.

Paris, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Im Auftrag der Regierung hat der Wirtschaftsrat Frankreichs ein Programm zur Linderung der Arbeitslosigkeit aufgestellt.

Wie hoch die Ziffer der Arbeitslosen zu veranschlagen ist, gibt das Dokument nicht an. Es beschränkt sich auf die Angabe, daß etwa ein Fünftel der Arbeiterschaft nur noch 40 Stunden in der Woche beschäftigt sei. Was der Wirtschaftsrat als Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit vorzuschlagen hat, ist im großen und ganzen die schon von Poincaré während der Frankenkrisis angewandte Taktik, die Ausländer abzuschieben. So schlägt der Wirtschaftsrat vor, daß zunächst einmal die Grenzen gesperrt werden müßten. Dann aber müßte jeder Ausländer, der arbeitslos geworden sei oder sich als landwirtschaftlicher Arbeiter verdingt habe, später aber zur Industrie abgewandert sei, unverzüglich abtransportiert werden. Im übrigen sei durch Arbeitsfreudung und durch energischen behördlichen Druck jede Arbeiterentlassung zu vermeiden. Auch müsse das große Finanzprogramm zur Umfurlung der Wirtschaft schleunigst als Restandprogramm durchgeführt werden. Endlich müsse man versuchen, arbeitslos gewordene Industriearbeiter in der Landwirtschaft unterzubringen, um so auch den Zugang landwirtschaftlicher Saisonarbeiter aus dem Ausland zu verhindern.

Lohn und Arbeitszeit der BVB.

Lohnabkommen verlängert. — Kurzarbeit tariflich vereinbart.

Seit einiger Zeit wird im technischen Betrieb der Verkehrs-A.G. auf Grund von betrieblichen Abmachungen bis zu 44 und 45 Stunden pro Woche verkürzt gearbeitet. Diese Abmachungen wurden von den einzelnen Betriebsvertretungen entsprechend dem gewerkschaftlichen Grundgesetz getroffen, daß zur Vermeidung von Entlassungen eher die Gesamtbelegschaft durch Kurzarbeit eine Lohnminderung auf sich nehmen soll, als daß ein Teil der Belegschaft dem ungewissen Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgeliefert wird.

Diese praktische Solidarität hat bewirkt, daß bis heute

im technischen Betrieb der BVB. Entlassungen vermieden

werden konnten. Nachdem durch Verhandlungen zwischen den Tarifparteien für die Arbeiter der Stadt Berlin und die Arbeiter der städtischen Werke zur Vermeidung von Entlassungen und zum Zwecke der Neueinstellung von Arbeitskräften die wöchentliche Arbeitszeit von 45 auf 44 Stunden verkürzt worden ist, haben der Gesamtverband und der Metallarbeiterverband den Versuch unternommen, auch für das technische Personal der BVB. die bereits bestehende Arbeitszeiterhöhung tariflich zu vereinbaren. Zugleich boten die Gewerkschaften alle Kräfte auf, um eine Verlängerung des Lohnniveaus für die gesamte Arbeiterschaft der BVB. zu erreichen, der von der BVB. am 28. Februar zum 31. März gekündigt werden kann.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Tarifparteien hat sich die BVB. zum Abschluß eines Abkommens bereit erklärt, das im wesentlichen folgendes besagt:

„Die normale wöchentliche Arbeitszeit des Personals der technischen Abteilungen beträgt 44 Stunden.“

Die Festsetzung der Arbeitszeit erfolgt im Einvernehmen mit den

Vertretern der technischen Abteilungen und der Arbeitnehmervertretung. Das Abkommen gilt rückwirkend ab 1. Februar bis zum 15. Mai 1931. Bis zum 1. Mai d. J. müssen die Vertragsparteien Verhandlungen über eine allgemeine

Lohn- und Arbeitszeiterhöhung für das gesamte Verkehrspersonal

aufgenommen haben. Für die Dauer dieses Abkommens findet eine Kündigung des Lohnniveaus nicht statt. Das Lohnabkommen vom Juni 1930 läuft mit dem 15. Mai d. J. ohne Kündigung ab.“

Durch dieses Abkommen wird an dem bestehenden Zustand im technischen Betrieb der BVB. im Grunde genommen nichts geändert. Es werden lediglich die Einzelabmachungen der Betriebsvertretungen mit den Betriebsleitungen zum Tarifvertrag erhoben. Das wichtigste an dem Abkommen ist jedoch, daß dadurch der

Lohnniveaus für das gesamte Verkehrspersonal zunächst um 6 Wochen verlängert

wird. Während die Aufstandsführer Poensgen, Borfig, Köttgen und ihr Gefolge an Stelle der BVB. den Lohnniveaus zum 31. März zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt hätten (oder zu diesem Zwecke sogar eine Verkürzung der Tarifdauer anstrebten), um dem technischen Personal außer dem Lohnausfall durch die Arbeitszeiterhöhung noch einen weiteren Lohnabbau aufzuzwingen, hat die BVB. die „Lohnkontinuität“ zunächst nicht ausgenutzt. Wenn man bedenkt, daß sich die BVB. bekanntlich in einer überaus ungünstigen finanziellen Lage befindet, so ist diese Bereitwilligkeit zu einem derartigen Abschluß hoch anzuschlagen.

Die Funktionäre der Berliner Verkehrsarbeiter, die gestern abend zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung nahmen, haben nach verhältnismäßig kurzer Aussprache diesem Abkommen einstimmig zugestimmt.

Vorstoß gegen Tarifvertrag.

Nordwest will Verkürzung der Laufzeit.

In Essen hielt am Freitagvormittag die Tarifkommission der Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie eine Besprechung ab, in der die Arbeitsmarktlage und die Tariffragen erörtert wurden. Die Unternehmer erklärten, daß sie am 1. März die Absicht der Kündigung des Rahmentarifs mitteilen würden. Die Besprechung drehte sich um die Erleichterungen, die die Eisenindustrie angesichts der schwierigen Wirtschaftslage zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe fordert. Sie wird am 9. März fortgesetzt. Allen Anschein nach wollen die Unternehmer versuchen, zunächst im Rahmentarif (Urlaub, Bezahlung von Überarbeit, Sonntagsarbeit, Familienzuschlag usw.) ihre Abbauforderungen wirksam machen, doch haben sie auch Pläne hinsichtlich des Lohnniveaus geschmiedet.

„Worin bestehen diese Pläne? Arbeit Nordwest versucht, in freier Vereinbarung mit den Gewerkschaften eine

Verkürzung der Laufzeit

des bis zum 30. September gültigen Tarifvertrags zu erreichen. Wenn die Schwerindustrie die Verkürzung der Laufzeit, d. h. praktisch die Aufhebung des Lohnabkommens auf dem Weg freiwilliger Vereinbarung erstrebt, dann macht sie zunächst nur aus der Not eine Tugend. Es bleibt ihr schlechterdings nichts anderes übrig, da sie bei ihrem schon vor Weihnachten unternommenen Versuch, die Regierung zur Aufhebung der noch laufenden Verträge zu bewegen, abgeblüht ist. Wohin die Reise der Schwerindustrie geht, hat jedoch der Reichsarbeitsminister bei dem Besuch der Gewerkschaftsführer bei Hindenburg angedeutet. Er gestand zu, daß Vertreter der Unternehmer vor ihm verlangt haben, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren.

Es ist ein böser Mißgriff, wenn von der Presse der Schwerindustrie gesagt wird, wenn man sogar eine Abänderung internationaler Verträge, die das große Elend über uns gebracht hätten, fordern, dann könne man wohl auch verlangen, daß ein unter Deutschen abgeschlossener Vertrag, wenn er der Befundung der Wirtschaft im Wege stehe, abgeändert wird. Man bringt es also fertig.

den Tarifvertrag mit dem Verfallter Vertrag in eine Parallele

zu stellen. Der Verfallter Vertrag — wenn man auf diese Hehereien mit einem Wort eingehen soll — ist ein mit dem Schwert erzwungener Vertrag zugunsten der Starken und zuungunsten der Besiegten. Arbeitsverträge dagegen sind Schutzdämme für die Bedrückten. Die Sicherung dieser Schutzdämme war nie notwendiger als in diesen Tagen.

Die Schwerindustrie fordert Abänderung der Tarifverträge zum Zweck des Lohnabbaus. Ihre eigene Presse muß aber zugeben, daß das neue Agrarprogramm verdammt schlecht in die Linie einer Preis- und Lohnabbaupolitik hineinpaßt. Angesichts dieser Tatsache wäre es vollendeter Wahnsinn, wenn die Gewerkschaften selbst mit Hand anlegen würden, um den Schutzdamm der Tarifverträge zu zerbrechen.

Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht bemühen, überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeitermassen möglich ist, der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Sie haben bei dem bisherigen Lohnabbau große Opfer gebracht. Nun ist es an den Unternehmern, Opfer zu bringen. Die Verhandlungen über den Rahmentarif der Schwerindustrie Nordwest bieten eine Gelegenheit dazu.

Offener Brief an Herrn von Siemens.

Was sind hohe Löhne?

Von einem Arbeiter der Eisengießerei Siemens u. Halske wird uns geschrieben:

Wie der „Vorwärts“ berichtet hat, wurde von Herrn von Siemens in der Generalversammlung am Mittwoch gesagt, daß die Industriellen ein großes Interesse hätten an hohen Löhnen.

Ich möchte mir nun die öffentliche Anfrage an Herrn von Siemens erlauben, ob er der Meinung ist, daß Löhne von 23 bis 40 M. die Woche für gelernte Former hohe Löhne sind? Oder ist der Lohn eines Maschinenformers bei 47stündiger Arbeitszeit von 36 bis 37 M. ein hoher Lohn? Was sagt Herr von Siemens weiter dazu, daß Kernmacher bei 48stündiger Arbeitszeit mit einem Nettolohn von etwas über 30 M. heilungsfähig werden? Bei verkürzter Arbeitszeit von 39 1/2 Stunden die Woche ist es vorgekommen, daß Maschinenformern nur 19 bis 23 M. ausgezahlt erhielten.

Diese „hohen“ Löhne führen dazu, daß die Arbeiter der Eisengießerei Siemens u. Halske gezwungen sind, häufig die Werkstätten für die Instandhaltung zu nehmen.

In der Eisengießerei wird aber nicht nur an den Löhnen gespart. Die Heizung ist vollständig ungenügend und das Wasser läuft in der Gießerei von der Decke und den Wänden. Es fehlt häufig an den nötigen Materialien, wie Rodekand, Puder, Petroleum und Werkzeugen. Da man an Hilfsarbeitern in der Gießerei gleichfalls spart, sind die Arbeiter, auch wenn sie in Afford arbeiten, gezwungen, ihre Materialien selbst zu holen, obwohl sie dazu nicht verpflichtet sind. Trifft ein Vorgesetzter nun einen Arbeiter, der sich keine Materialien holt, dann kann es diesem noch passieren, daß er angepöbeln und mit groben Schimpfworten bedacht wird. Hat ein Arbeiter das Recht, Ausschuß zu machen, dann wird er nur selten nach dem Abkommen über Ausschuß bezahlt.

Ich frage Herrn von Siemens, ob ihm diese Zustände bekannt waren, als er seine Ausführungen in der Generalversammlung machte, und wenn nicht, ob er entschlossen ist, ihnen ein Ende zu machen?

Als organisierter Arbeiter weiß ich sehr wohl, daß Herr von Siemens nicht der allein Schuldige ist. Ein gerütteltes Maß von Schuld, das möchte ich hier offen aussprechen, trifft die Kollegen der Eisengießerei von Siemens u. Halske

selbst. Solange sie sich von den Gewerkschaftsfeinden verheizen lassen, solange sie auf die Phrasen der RSD. hören, statt geschlossen dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten, werden sie auf die „Wohlfahrtsfürsorge“ des Herrn von Siemens angewiesen sein.

Herr von Siemens wird im kommenden Juni bei Ablauf des Lohnniveaus zu beweisen haben, ob er wirklich ein Interesse an hohen Löhnen hat. Ich glaube aber, daß Herr von Siemens dieses Interesse nur dann bekunden wird, wenn seine Arbeiter sich selbst auf ihre Interessen besonnen haben werden.

Belegschaft von Siemens-Plania und SPD.

Politikwissenschaftliche Märchen.

Uns wird geschrieben: In der „Roten Fahne“ vom 26. Februar wird unter entsprechender Überschrift behauptet, daß in einer „gut besuchten“ Versammlung von Siemens-Plania eine „rote Einheitsliste“ und ein „Kampfprogramm“ aufgestellt worden sei und daß ein Kollege erklärt habe, „er sei 25 Jahre Mitglied der SPD. und der Gewerkschaften gewesen, jetzt aber könne er deren Korruption nicht mehr mitmachen und trete deswegen in die RPD. ein“.

Ich war selbst in jener „gut besuchten“ Versammlung, die am 13. Februar stattgefunden hat. Die Belegschaft des Werks beträgt fast 1300. Davon waren genau 39 anwesend.

Nach den reichlich verworrenen Reden des „Einheits“-verbändlers kam die Veranlassung zur Kandidatenaufstellung. Es wurden Kollegen vorgeschlagen, die gar nicht anwesend waren; die anwesenden wurden, gelinde gesagt, gezwungen, die Kandidatur anzunehmen. Von dem Kollegen, der 25 Jahre Mitglied der SPD. und der Gewerkschaften war, ist überhaupt kein Wort wahr, denn es war niemand anwesend, der der SPD. angehörte, außer dem Schreiber dieser Zeilen. Man sieht also wieder einmal, mit welchen vorliegenden Mitteln man die Belegschaft lockern will.

Am übrigen sei bemerkt, daß die Belegschaft auch in diesem Jahre wieder der freigewerkschaftlichen Liste ihre Stimme geben wird, denn der bestehende Arbeiterrat hat in seiner bisherigen Zusammenfassung alles getan, um die Belegschaft in dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression vor allen Dingen vor Entlassungen zu schützen. Das wissen alle Kolleginnen und Kollegen von Siemens-Plania und geben deshalb ihre Stimme bei den kommenden Wahlen der Liste I.

Kirche fördert Schwarzarbeit.

Berufsmusiker durch Dilettanten verdrängt.

Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben: Wir hatten schon einmal Gelegenheit, uns mit der Berliner Südgemeinde zu beschäftigen, und zwar handelte es sich um ein Kirchenkonzert im November vorigen Jahres, unter Mitwirkung des KES.-Sinfonie-Orchesters. Dieses Orchester ist jetzt wiederum von der Berliner Südgemeinde zum 19. April zu einem neuen Konzert verpflichtet worden.

Wir sind einfach erstaunt, was es alles für Orchester gibt, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit sich einen Nebenverdienst verschaffen. Sieht so die Nächstenliebe der Kirche in der Praxis aus? Will man beitragen helfen zur schnelleren Verlesung einer ganzen Berufsliste? Dem Altmeister Joh. Se. Bach, dessen Ofterantate (Christi lag in Todesbanden) zur Aufführung gelangen soll, gereicht es bestimmt nicht zur Ehre, in einer Kirche, wo Künstler nicht einmal das Notwendigste zum Lebensunterhalt haben, sein Werk durch Berufsfremde interpretieren zu lassen. Doch auch der langjährige erwerbslose Berufsmusiker noch insstande ist, derartige Werte künstlerisch einwandfrei wiederzugeben, ist bewiesen worden durch das Sinfonieorchester in der Städtischen Oper, ausgeführt von einem 200 Mann starken Orchester erwerbsloser Berufsmusiker.

Die Schuldigen an dem Elend der Berufsmusiker sind die Doppelverdiener, bestehend aus Beamten-, Militär- und Dilettantenskapellen, wozu auch das KES.-Sinfonie-Orchester zu rechnen ist. Diese wirklich unchristliche Handlungsweise der Berliner Südgemeinde wird die Berliner Berufsmusikerschaft, die zum größten Teil noch Vertrauen zur Kirche hat, wie eine Ohrfeige empfinden. Wir verlangen hiermit nochmals in aller Öffentlichkeit im Namen der Berliner Berufsmusikerschaft das Recht auf Arbeit und Entfernung der Schwarzarbeiter vom Tätigkeitsfeld der Berufsmusiker.

RSD-Niederlage in Solingen.

Bei der Betriebsratswahl der Straßenbahner.

Seit Jahren beherrschten die Kommunisten den Betriebsrat bei der Solinger Straßenbahn. In diesem Jahre ist es gelungen, drei freigewerkschaftliche Vertreter in den Betriebsrat zu entsenden, der sich jetzt aus drei freigewerkschaftlichen Mitgliedern, drei RSD.-Beuten und zwei Christlichen zusammensetzt. Die RSD. verlor drei Sitze und die Christen einen Sitz.

Damit ist der Bann gebrochen, die freigewerkschaftliche Bewegung marschiert.

Lohnkonflikt in Köln.

Der Konflikt zwischen den Gemeindefacharbeitern und der Stadtverwaltung in Köln hat sich zugespitzt. In verschiedenen großen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften und des Gesamtverbandes, in denen zum Konflikt Stellung genommen wurde, kam zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit neuen Verhandlungen einverstanden sind, jedoch die schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel anwenden, falls die Stadtverwaltung dazu übergehen sollte, einzeln die Arbeitsverträge zu kündigen und die Weiterbeschäftigung zu einem per Diktat abgekauften Lohn anzubieten. Das gleiche gilt für den Fall, daß die Verwaltung versuchen sollte, über den Zentralschlichtungsausschuß ein unparteiisches Schiedsgericht zustande zu bringen und zu beantragen, daß dessen Entscheidung sofort für verbindlich erklärt werde.

Der Nachwuchs im Gastwirtsgewerbe.

Die Delegierten des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hatten sich am Donnerstagvormittag vollzählig im „Hofischen Hof“ eingefunden. Der 1. Bevollmächtigte, Genosse Schneider, schilderte die Aufgaben des Zweigvereins im Jahre 1931. Bei den Betriebsratswahlen ist darauf zu achten, daß nur einheitliche Listen aufgestellt werden und daß in den zahlreichen Kleinbetrieben die Wahl von Betriebsobleuten durchzuführen ist.

Der Verband wird sich wieder der Schulung der Betriebsräte durch Einrichtung eines Kurses annehmen. Besonderer Wert ist ferner zu legen auf die Gewinnung und Erhaltung der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten, denen ebenso wie den arbeitslos werdenden Mitgliedern geeignete Bergängnisse geboten werden, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Der Verband legt nach wie vor großen Wert darauf, daß bei Belegung von Arbeitsplätzen der öffentliche Arbeitsnachweis in Anspruch genommen wird.

In der ebenso kurzen als sachlichen Diskussion wurde u. a. der Wunsch vorgetragen, daß bei Neuabschluss des von den Unternehmern geforderten Tarifvertrages die Einführung der fünf-Tage-Week-angebahrt werden soll. Der Versammlungsleiter appellierte an die älteren Kollegen, sie möchten die Jugendlichen in ihren Betrieben so behandeln, daß diese erkennen, in den Verbandskollegen die beste Hilfe und die treuesten Freunde zu finden, damit die Jugendlichen eine bessere Zukunft erwarten dürfen, als sie den älteren Kollegen beschieden war. Vom Vorsitzenden vorgelegene Richtlinien wurden einstimmig angenommen.

Die Arbeitslosenzahl in England ist in der Woche bis 16. Februar um 5919 auf 2 631 212 zurückgegangen.

SPD-Fraktion im Verband der Rohrleitungs- und Gasarbeiter. Sonntag, 14. März, im Gewerkschaftshaus, Charlottenstr. 26. großer Saal. Friedrich-Christi-Rede. Festredner: Paul Löbe. Partei- und Gewerkschaftsbuch-Instanzieren.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Orts-, Ortsbezugs-, finden folgende Veranstaltungen statt: 19 1/2 Uhr Stammbesuch: „Rohrleitungs-Ausschuß“ im Saal des Filmmannes. Vortrag: 1-2. Karten sind noch an der Kasse erhältlich. — Sonntag, 1. März: „Rohrleitungs-Ausschuß“ — Frauen (Kaffee), 19 1/2 Uhr im Rahmen des Rohrlinienverbandes. Engländer 24-25, Hofmann C. III. Die Frau in Berlin und freien Berufen. Referentin Gertrud Albert. — Die Frau in Berlin und freien Berufen. Referentin Gertrud Albert. — 19 1/2 Uhr im Jugendheim Charlottenstr. 26. Vortragsabend: „Der Kampf“. — Ostkreis: 19 Uhr Jugendheim Charlottenstr. 26. Vortragsabend: „Die französische Revolution“. — Westkreis: 19 1/2 Uhr im Jugendheim Charlottenstr. 26. Vortragsabend: „Die französische Revolution“. — Westkreis: 19 1/2 Uhr im Jugendheim Charlottenstr. 26. Vortragsabend: „Die französische Revolution“.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. D. Fischer; Solingen und Solingen: F. K. Kahl; Auslagen: H. Glöckler; Schriftlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Die Jahr-Zwischenräume als sich abwechselnd Speisereife reinigt man zweckmäßig mit der eigens dafür konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gerundeten Backenflächen in zwei Härtegraden von höchster Qualität. Nur echt in blau-schwarzer Originalpackung. Kaufen Sie sich noch heute eine Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 54 Pf. und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste.

Griff durchs Schalterfenster.

Geldraub im Postamt 54. — Der Täter gefaßt.

Ein dreifacher Raubversuch wurde am Freitagabend im Postamt 54 in der Lothringer Str. 44 verübt. Kurz vor 7 Uhr waren viele Kunden im Schalterraum anwesend, die an den Schaltern anstanden. Unter ihnen befand sich auch ein jüngerer Mann, der anscheinend eine Postanweisung ausgeben wollte. Als die Reihe an ihn kam, griff er plötzlich durch das Schalterfenster hindurch nach einem Stapel von Geldscheinen. Einige der Schalter konnte er fassen und schloste damit. Der Postfachwart kriechend, der am Nebenschalter Dienst tat, hatte den Raub beobachtet. Rasch entschlossen kletterte er durch das Schalterfenster hindurch und eilte dem Räuber nach. Auf der Straße kam es zwischen beiden zu einem Ringkampf, in dessen Verlauf der Räuber den Beamten heftig in den Rücken biß. Publikum kam dem Bedrängten zu Hilfe, und es gelang den Räuber zu überwältigen und der Polizei zu übergeben. Das geraubte Geld hatte er unterwegs fortgeworfen. Es konnte nicht mehr gefunden werden. Auf der Polizei wurde der Gefaßte festgestellt als ein 26 Jahre alter arbeits- und wohnungsloser Guido Rohrmacher. Ob er den Raub allein ausgeführt hat, oder ob Komplizen draußen auf ihn warteten, steht noch nicht fest. Auch die Summe des entwendeten Geldes ist noch nicht bekannt. Allzuviel dürfte es aber nicht gewesen sein.

Die Unterschiefe beim Tiefbau.

Eine Firma erhielt durch Bestechung Vergünstigungen.

Gegen die Tiefbaufirma Emil Keller-Tempelhof, die seit längerer Zeit in Geschäftsverbindung mit der Städtischen Tiefbauverwaltung stand, führt, wie wir feinerzeit meldeten, die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II ebenso wie gegen mehrere städtische Beamte und Angestellte eine Untersuchung wegen grober Unregelmäßigkeiten.

Nach den bisherigen Ermittlungen soll die Firma Keller einen größeren Posten Pflastersteine, die der Stadt verkauft waren, — es handelt sich um mehr als 10000 — widerrechtlich anderweitig veräußert haben. Weiter werden die Firmeneinhaber beschuldigt, verschiedenen städtischen Funktionären Geschenke und Darlehen zugewendet zu haben, mit dem Zwecke, das Geschäft bei

Arbeiten für die städtische Pflasterung und die Stadtentwässerung besonders bedacht würde. Die Vorwürfe, deren genaue Nachprüfung im Gange ist, haben vorläufig zu einer Suspensionierung mehrerer städtischer Beamten vom Dienst geführt. Es sind dies ein Bauamt aus der zentralen Tiefbauverwaltung, ein Oberingenieur aus Bankow und ein Oberingenieur aus dem Bezirk Tempelhof. Gegen diese Beamten ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung in die Wege geleitet worden. Ein Angestellter im Bezirksamt Tempelhof wurde ohne Frist entlassen, ein Strafverfahren gegen ihn steht vor der Einleitung. Weitere behördliche Ermittlungen gegen andere Beamte schweben. Gegen die Firma, die Beamten und die Angestellten führt die Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen aktiver Bestechung.

Man schätzt den Schaden, der durch die Unterschiefe der Stadt Berlin zugefügt wurde, auf 50 000 Mark.

Giftgase im Arbeitsaal.

Drei Arbeiterinnen schwer erkrankt.

In der Schokoladenfabrik der bekannten Kaffee- und Kakao-Fabrik Junghel. Wwe. in der Lüchowstraße 2 erkrankten gestern mehrere Arbeiterinnen unter der Einwirkung ausströmender Ammoniakgase so schwer, daß sie ins Elisabethkrankenhaus gebracht werden mußten.

An einer größeren Kältemaschine war ein Ventil undicht geworden, so daß erhebliche Mengen Ammoniakgase ausströmten. Die Gefahr wurde von der Betriebsleitung erkannt und sofort Anordnung zur Räumung der Arbeitsäle gegeben. Von der inzwischen alarmierten Feuerwehr, die mit Gasmasken in den völlig vergasteten Raum einbrang, wurde das Ventil abgedichtet. Dann wurden die Arbeitsäle gelüftet, und der Produktionsbetrieb wurde nach einiger Zeit wieder aufgenommen. Offenbar war die Entlüftung nicht in genügendem Maße erfolgt, denn plötzlich sanken mehrere Arbeiterinnen an ihren Tischen bewußlos zu Boden. Drei von ihnen, die 18jährige Viktoria Kahn aus der Mühlentstraße in Bankow, die 43jährige Frau Marie Behm aus der Andree-Strasse und die 25jährige Elise Meyer aus der Senefelderstraße, deren Zustand zu Bedenken Anlaß gab, mußten ins Krankenhaus übergeführt werden. Mehrere Beichtkrankte konnten im Betriebe verbleiben.

Weil er die Mutter schützte.

Gefängnis für den Sohn, der den Stiefvater erschlug.

Das Landgericht III verurteilte den 24jährigen Fleischergehilfen Rudolf B., der am 12. September vorigen Jahres seinem Stiefvater J. mit der Schippe tödliche Verletzungen zugefügt hat, wegen Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 22 Wochen Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Ueber die Zubilligung einer Bewährungsfrist auf die Reststrafe soll erst in einem späteren Stadium entschieden werden.

Man hatte erwartet, daß der junge Mensch, der von seinem Vater körperlich bedroht worden war, freigesprochen werden würde, da alle Umstände für eine Notwehrhandlung sprachen. In der Urteilsbegründung gab der Vorsitzende tatsächlich die dahingehende Ansicht des Gerichts zum Ausdruck, daß die ersten vom Angeklagten gegen den Schadel seines Stiefvaters geführten Schläge ein Akt der Notwehr gewesen seien. Es liege jedoch noch eine zweite

Serie von Schlägen vor. Diese seien verfehlt worden, nachdem der Stiefvater bereits wehrlos gemacht worden war. Hierbei habe der Angeklagte aus Wut gehandelt; dafür sprachen auch die von ihm dabei gebrauchten Worte: „Ich werde dich lehren, Mutter zu ärgern, mit Weibern herumzuspielen und alles möglichen.“ Der Angeklagte habe dabei die Wut gehabt, dem Stiefvater Körperverletzungen zuzufügen. Da es nicht festzustellen sei, ob die ersten oder die letzten Schläge den Tod verursacht haben, so komme der Todeserfolg nicht auf die Rechnung des Angeklagten gestellt werden. Angesichts der außerordentlichen Rohheit der Ausführung der Tat habe das Gericht sich veranlaßt gesehen, über die Mindeststrafe hinauszugehen.

Unbegreiflich bleibt der Antrag des Staatsanwalts, der 5 Jahre Gefängnis, wegen Totschlages, beantragt hatte.

Der Reichsbund Deutscher Mieter Verband Berlin e. V. hielt in diesen Tagen seine von Delegierten und Gästen gut besuchte ordentliche Jahreshauptversammlung ab. Der Vortrag des Geschäftsführers Genossen Blank aus Magdeburg über das auch von der Sozial-

demokratischen Partei vorgeschlagene soziale Miet- und Wohnrecht wurde alleseitig mit größtem Interesse entgegen genommen. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ergab sich, daß die Mieterbewegung in Berlin auch im letzten Jahre vorwärts gegangen ist und Zuwachs an Alt- und Neubaumietern bekommen hat, zumal auch verschiedene Vereine dem Reichsbund geschlossen beigetreten sind. Auch für das neue Geschäftsjahr wurde Genosse T. Häfe wiederum zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Endlich Berlin-Gesetz?

Interfraktionelle Besprechungen. — Vertrauliche Beschlüsse.

Die interfraktionellen Beratungen zu dem Gesetz über die Berliner Verfassung, die dem Ziele dienen, eine Annäherung zwischen den Beschlüssen der Ausschüsse und der Stellung des Innenministeriums herbeizuführen, sind am Freitag zu einem bestimmten Abschluß gelangt. Die an den Beratungen Beteiligten erklären, eine Auskunft über die Beschlüsse nicht geben zu können, da strengste Vertraulichkeit vereinbart sei. In einem Mittagsblatt gemachte Angaben werden teilweise als unrichtig, teilweise als nicht neu bezeichnet. Immerhin kann gesagt werden, daß die Exekutive des Oberbürgermeisters dadurch eine Verstärkung erfahren haben dürfte, daß nicht der Magistrat, sondern der Oberbürgermeister die Beschlüsse der Stadtvertretung auszuführen hat.

Die Beamtenernennung soll durch den Magistrat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters erfolgen. Es soll auch beschlossen worden sein, daß die Zahl der unbeforderten Mitglieder im Magistrat auf die Hälfte herabgesetzt wird. Diese Punkte dürften die Hauptpunkte sein, die eine neue Regelung erfahren haben. Ein Bericht über die gefaßten Beschlüsse wird zur Zeit vorbereitet. Er wird der dritten Ausschusssitzung, die bekanntlich am Montag stattfinden soll, zugrunde gelegt werden.

Nachlese vor dem Schnellgericht.

Ein Rote-Hilfe-Sekretär beschimpft die Polizei.

Wenn die Kommunisten ihre Leute auf die Straße schicken, so hat das Schnellgericht hinterher erfahrungsgemäß alle Hände voll zu tun. Der „unbekannte Mann“, verantwortlich für den Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamtenbelästigung und dergleichen mehr. Die Führer aber, die ihr Menschenmöglichstes getan haben, um den unbekanntem Mann auf die Anklagebank zu bringen, sitzen im Hintergrund und üben weiter ihr trauriges Handwerk.

Kürzlich stand aber vor dem Schnellgericht Berlin-Mitte der Sekretär der Roten Hilfe, R. Er hatte die Polizeibeamten „Blut Hunde“ genannt. Allerdings nicht direkt, sondern indirekt. Der Erfolg seiner Worte war aber ein sehr jehsames Echo: Blut Hunde, Jögebel-Kofalen und dergleichen mehr. Es war am 27. Juni v. J. Die Rote Hilfe hatte im Freien eine Vorführung, „Gerichtsvorhandlung“ genannt, inszeniert, um gewissermaßen die Schuld des Schupo-Beamten festzustellen, der am Tage zuvor einen Baden den tödlich getroffen hatte. Im Anschluß an diese Veranstaltung fand ein Demonstrationsumzug statt. Bei der Menge auseinandergeht, hielt der Sekretär der Roten Hilfe eine Rede: „Hier ist ein Arbeiter erschossen worden. Wenn aber ein Demonstrant vor Gericht steht, weil er angeblich „Blut Hund“ gerufen hat und ein Schupo-Mann beschimpft, den Ruf gehört zu haben, so erhält der Arbeiter drei Monate Gefängnis.“ Ich habe ja nur referiert, sagte Herr Rosta vor Gericht. Ich habe die Polizei durchaus nicht „Blut Hunde genannt“. Das Gericht war anderer Ansicht. R. erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 300 M. Die Opfer des Herrn R. erlebte man aber gestern vor dem Schnellgericht gewissermaßen als Nachlese zum Weltkämpfer der Kommunisten am 25. Februar.

Da war z. B. eine junge Stenotypistin. Der Ruf ihrer Partei führte sie zum Kurfürstendamm. Als sie aus irgendeinem Grunde von einem Polizeibeamten zwangsgestellt wurde und zum

Schweigsam, mit schwerem Atem, gehen sie ins Haus, stellen die ekelhaften Flaschen ins Ed.

Bis morgen . . .

Tag um Tag, ohne Unterlaß, geht der Tod durch die Zinnoberroten. Es ist ein kluger und mächtiger Tod. Er kommt morgens, ehe die Sonne aufgeht, wenn man klamm gefroren ist und sich nicht wehren kann; er hat einen Tau, der nicht vom Himmel ist, einen stinkenden, einen tödlichen Tau. Die Halme schwanken, wenn er herantritt, und man fällt, man soll ertrinken. Verzweifelt rudert man mit den sechs Beinchen, findet halt an etwas, es sind tote Arbeiterwände. Klettert über ihre Leiber nach oben, streckt die Fühler in die Luft — die Luft ist verpestet, die Beichen unten geben nach, man fällt zurück, klimmt wieder, fällt . . . breitet noch einmal die Fühler, wie ein Taftan nach einer letzten Rettung, es ist aus.

Klug und mächtig ist dieser Tod, groß und gewaltig, und man ist dumm, schwach, klein und armselig, kann nur tressen und zeugen, kann nicht kämpfen. Man hat keine Waffe gegen ihn.

Keine Waffe . . . ?

Man ist ja nicht einer. Man ist Volk. Art. Man hat doch eine Waffe, eine furchtbare Waffe: die Zahl.

Fünfzehn Morgen Land hat man zur Verfügung, die Nahrung bieten. Zwei Spargelpflanzen stehen auf jedem Quadratmeter; fünfzehnhundert Spargelpflanzen also auf jedem Morgen; fünfundsiebzigtausend Spargelpflanzen auf dem ganzen Feld. Zu fünfzig Zinnoberroten sitzt man auf jeder Pflanze, zu fünfzig allermindestens, Larven nicht gerechnet und Eier; zu fünfundsiebzigtausend mal fünfzig sitzt man auf dem ganzen Feld. Man hat die Zahl: Million, hat sie viele Male. Der Tod hat die Zahl: zwei.

Aber weil er klug und mächtig ist, dieser Tod; darum würgt er drei Millionen an jedem Morgen. Fünfhunderttausend nur bleiben, die rechtzeitig gefunden werden von der rettenden Sonne, ehe sie gefunden werden vom würgenden Tod; fünfhunderttausend lösen sich die roten Flügeldecken, schwirren die sorgsam behüteten gläsernen Flügel; fünfhunderttausend fliehen ins Licht, ins Leben — um morgen zu sterben.

Wo steigt der Tod? Siegt schon morgen?

Eine zweite Waffe hat man, eine noch stärkere Waffe als die Zahl, die stärkste Waffe der Welt: die Zeugungskraft. Sechzig bis hundert allerwinzigste Samenörner gibt man in den Leib des Weibchens, täglich fast; sechzig bis hundert winzige Eier gibt das Weibchen an den Spargelstengel, täg-

sich fast; sechzig bis hundert Larven entkriechen den Eiern, Larven, die werdende Zinnoberroten sind: täglich fast.

Des Todes Zahl ist zwei. Daß die Zahl der Zinnoberroten Million bleibt und nicht viel größer wird, nicht Milliarden wird: das ist alles, was der Tod vermag. Es ist viel, denn er kämpft gegen Zahl und Zeugung; es ist wenig, denn er erreicht nicht, was seines Amtes ist: er tötet nicht. Er ertränkt den einzelnen; aber er tötet nicht das Volk.

Wenn der Tod sich bückt, sterben fünfzig, fünfzig bei jedem Schritt; wenn er weitergeht, kriechen fünfzig Larven aus, werden fünfzig Larven zu Käfern, fünfzig bei jedem Schritt. Zwei graue Löcher im gewaltigen roten Heer, das ist der Tod; hinter ihm schließt sich wieder die rote Phalanx, schlüpfen sich Leben, Fressen und Zeugen zum gewaltigen Bunde der Zahl, der unüberwindlichen Zahl.

Die Reittage schreiten über das Land, stolz und strahlend, und schwenken die Farben des Frühlings: blau und grün. Blau Himmel und See, grün, von zartester, fast gelber Birkenfärbung bis zum Herbst, fast schwarzen Kiefernbaumet, Wald und Wiese. In den Glodenstüben der Bäume hängen die Kuckucke als gefiederte Glocken und läuten. Alles ist Wollen, Werden, Wachsen. Nur der Spargel ficht. Nur der Spargel ist krank, todkrank.

Es liegt nicht an der Wurzelkronen unten. Die tat ihre Pflicht, die hat den Stengel emporgetrieben ins Blau, schmal und schneidig, hat ihm tausend Blattmünder gegeben, mit denen er trinken kann, Sonne trinken, Wind und Tau, läßt ihn nicht im Stich, sendet Säfte über Säfte hinaus.

Aber keine Antwort kommt. Keine Gegengabe. Die Blattstippen oben sind zertrüffelt. Die Rippen stehen taht und sind doch dick wie Kolben: von Käfern. Und die Kraft von unten erlahmt. . . Das Feld sieht aus wie ein Feld voller Skelette, mit roten Blutstropfen daran. Das Feld, das die Zukunft ist, die Zukunft der beiden Menschen, denen es wehtut, den Rai zu sehen; den Rai, der überall ist, nur bei ihnen nicht, gerade bei ihnen nicht.

Sie hadern nicht. Sie arbeiten. Sie sehen jeden Tag ihr Feld früher als die Sonne. Die Rückenwirbel schmerzen, sitzen im Fleisch wie Kettenglieder, die fängt sich spannen bei jedem Rücken. Der Rheumatismus klettert in die Schenkel, macht die Finger zu bewegungslosen Klumpen. Der Kopf ist eine Höhle, in der es dröhrt, die Ohren sind Gänge, in denen es faust. In die Kniekehlen haut mit jedem Fußschlag eine Messerschneide, sie wollen einfriden. Vor den Augen ist ein Flimmern wie ewige Ohnmacht. (Fortsetzung folgt.)



Manchmal blicken sie nach der Helle im Osten, schreiten das Feld ab: werden sie es schaffen, bis die Sonne da ist und wärmt? Es sind viele Furchen, sie werden ordentlich stolz auf ihren großen Besitz; wenige haben sie erst abgefrucht. Aber die Flaschen füllen sich, das Petroleum steht fettig über einer schwarzen Schicht von Insektenfleisch: wartet, ihr Ekel! Soll der Rücken wehtun, soll die Bodentafel die Beine heraufklettern, sollen die Finger sich benehmen, als seien sie Trommelstöcke, steif und ohne Glieder: man schafft doch etwas!

Weniger freilich, als sie glaubten: als die Sonne aufgeht, stehen sie erst ein paar Meter jenseits der Hälfte. Und kaum sind sie zwei, drei Furchen weiter, frieren noch immer: da hat die zunehmende Wärme schon gewirkt; „ferr“, macht die nächste Staude, als sie daran pocken, und hat im Ru ein zinnoberrotes Kleid: die Spargelkäfer breiten die Flügel, wenn sie fallen sollen, sehen sie aus wie kleine, rote Kampfslieger aus einem Miniaturkrieg und steigen blühend in die Sonne. Also Schluch für heute. Morgen weiter. Dann vielleicht nächste Woche noch einmal; zwei Tage in jeder Woche, das wird man rechnen müssen. Sie hat einen Einfall: sie wird die Hühner aufs Feld lassen, die werden die Käfer wegpicken und fett werden dabei; das heißt zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

„Drei“, sagt er in seiner ironischen Art, als sie ihm das vorschlägt.

„Wieso?“

„Die Habichte werden auch fett dabei.“

Er hat recht; auch gut; es geht also nicht; sie lachen beide, schreien den Rain entfang zurück, kommen vorbei an der ersten Furche, bei der sie vor zwei Stunden begannen.

Sie bleibt stehen. Hat sie hier eine Pflanze vergessen? Woher sonst die vielen roten Punkte? An der nächsten auch . . . an der übernächsten . . . an allen . . .

Sie werden beide bloß. Nein, da ist nichts übersehen. Da sind neue Käfer — woher?

Pollzeier gebracht werden sollte, ließ sie sich zuerst schelen, dann klammerte sie sich an ein Gitter und schrie: „Ich gehe nicht mit. Ich lasse mich nicht von Sadisten schlagen.“ Niemand dachte aber daran, sie zu schlagen. Sie erhielt 30 M. Geldstrafe oder drei Tage Haft. Dann wieder gab es einen Maurer. Er befand sich gerade auf dem Nachhausewege in Spandau, als ein Beamter seinen verhassten Parteigenossen vorbeiführte. Er drehte sich um und rief den Beamten und dessen Kollegen: „Ihr Stroiche.“ Die Strafe lautete 60 M. oder sechs Tage Haft. Ein anderer Maurer ging natürlich ganz zufällig während der Erwerbstosendemonstration die Tauentzienstraße entlang. Es wurde „Nieder“ gerufen, das genügte ihm nicht, er schrie: „Nieder mit der Prügelpolizei!“ Er soll 50 M. zahlen.

Schlimmer lagen die Dinge in zwei anderen Fällen. Ein junger Burche, bereits einmal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt bestraft — es war ihm Bewährungsfrist zugebilligt worden — wurde am Wedding, gemeinsam mit anderen jungen Burchen von berüchtigten Beamten fortgedrängt, er ergriff einen Ziegelstein, schlugerte ihn nach einem der Beamten, traf ihn im Rücken. Er bekam zwei Monate Gefängnis. Ein junger arbeitsloser Schauspieler beantwortete die Aufforderung der Polizei, weiterzugehen, mit „Ihr habt kein Recht, mich von hier wegzutreiben“ — vor Gericht behauptete er, sich um eine Frau bemüht zu haben, die angeblich von den Beamten niedergeschlagen worden sei. In diesem Falle lautete die Strafe 30 M.

Die Weltkampftagnachlese ist natürlich viel reicher. Der größte Teil der Zwangsgefallenen ist aber aus der Haft entlassen, und wird sich im ordentlichen Verfahren zu verantworten haben. Ein anderer Teil ist dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden und konnte deshalb nicht mehr vom Schnellrichter abgeurteilt werden.

Jugend und Republik.

Paul Löbe spricht zu Studenten und Pfadfindern.

Der Republikanische Reichsbund, der Republikanische Studentenbund und der Republikanische Pfadfinderbund veranstalten im Schubertsaal des Deutschen Jagdnäzschhauses eine Feierstunde.

Das Orchester der Pfadfinder, von Alfred Rosolled trefflich geleitet, spielt zum Beginn. Es hat sich eine harte Aufgabe gestellt: alle klassische Musik, die Duvertüre zu „Curtis“ von Johann Adolf Haffke (1732). Sie wird gemittelt. Bilder aus einer selbstgeschaffenen Revue der Pfadfinder folgen. Es geht lustig zu, und doch steckt tiefer Sinn im heiteren Spiel. Da wird die Vereinsmeierei verurteilt, die Herrenpartei, der Statklub, der Rauchklub, der Gesangsverein in Gehrock und Jostler und der Kegelschlag „Alle Reine“. Der verkümmerte Oberlehrer einer leider noch nicht überwundenen Epoche unterrichtet seine Schüler, als wäre er Feldwebel in einer Rekrutenstube. Dem allem aber starrt zukunftsstrebend, begeisterte, zum Durchbruch ins Neue entschlossene Jugend entgegen. Wir sind im lachenden, tobenden, spielenden Pfadfindertage, und wir hören einen Junglehrer das Ideal neuer Erziehung verkünden. Der Bundesführer der Republikanischen Pfadfinder, Hans L. Reineke, spricht. Sein Bund ist geboren aus dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Verführung in der Pfadfinderbewegung. Ein nicht vorgehener, aber um so stürmischer begrüßter Redner nimmt das Wort: Paul Löbe, der Präsident des Deutschen Reichstags. „Mittlere Jugend, die rückwärts schaut, Obrigkeitstaat oder Diktatur will, steht in den anderen Lagern.“

Vormärtschauende, vormärtsstrebende Jugend kämpft für die Demokratie, will nicht Diener und Sklave sein.

Hilfer erklärt, seine Abgeordneten hätten nur das, was er anordne. Ist dieser Kadavergehoram das Ziel echter Jugend? Im Reichstag beantragt man die Entfernung des Bildes des Fürsten Bülows, so schrumpft eine Größe des Kaiserreichs bei näherem Zuschauen zusammen. Ein Großer der Republik aber, der Hermann Friedrich Ebert (hier erhebt sich die Versammlung), gewinnt um so mehr, je schärfer die Kritik ihn prüft. Mitwirken am Aufbau des Volkswalles, der jedem Aufstiegsmöglichkeit bietet und nicht Herren und Knechte, sondern nur Bürger kennt, das ist die schöne Aufgabe wahrer Jugend. Wenn sie in diesem Sinne bei frohem Spiel und ernster Arbeit lebt und wirkt, dann leistet sie wahrhaft Dienst an Volk und Vaterland.“ Der mittelhenden Ansprache Löbes folgt stürmische, begeisterte Zustimmung. Frohe Fahrenlieder der Jugend erklingen, dann spricht der Führer der Ortsgruppe Berlin im Deutschen Republikanischen Studentenbund, Hubertus Prinz zu Löwenstein. Er umreißt die Aufgabe der Jugend dahin, als Ganzes Forderungen der Jungen zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Mit scharfen Worten lehnt er die Bestrebungen der Nationalsozialisten ab, die aus freien Menschen wieder Untertanen machen wollen. Mit einem starken Bekenntnis zum ältesten deutschen Zeichen für Einigkeit und Recht und Freiheit, zu den Farben Schwarzrotgold, schließt er seine Ansprache. Wieder stehen die jungen Sängler der Pfadfinder auf der Bühne. Als letztes der herrlich vorgetragenen Kampflieder ertönt das „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Ein Quartett singt dann eine wohlgeungene Komposition des jungen Rosolled: „He, Kamerad!“ Die Schlussansprache unter dem Leitwort „Hört die Jungen!“ hält Walter Kolb, der Ehrenvorsitzende des Deutschen Republikanischen Studentenbundes.

Der gemeinsame Gesang der ersten und dritten Strophe des Liedes der Deutschen bildet den Abschluß des kampffrohen Abends.

Zur Geschichte der Berliner Grünanlagen. Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft und des Vereins für die Geschichte Berlins wird am heutigen Sonnabend, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses, Köpenicker Straße, (Eingang von der Epanauer Straße), Wartenbergstraße Hans Marlin in einem Vortragsabend über die Geschichte der Berliner Grünanlagen sprechen. Eintritt frei.



Winterreise durch Berlin.



Trepower.

Von den drei Wasserflächen, die Berlin im Dreieck einschließen: Havel, Tegeler See und Obersee, ist letzteres Gewässer unstreitig das populärste. In Tegeler See liegt gute Bahn- und Dampferverbindung, Wannsee und Potsdam sind im Fahrpreis zu teuer, Trepower kann von der Ringbahn zu Fuß erreicht werden, und hat den bequemen Dampferverkehr. Kommen wir von der Ringbahnstation Trepower über das ansehnliche breite Wasser der Spree, so genießen wir ein prächtiges Panorama — hinter uns die arbeitende Stadt, vor uns der breite Wasserlauf, den der Berliner mit Vorliebe zur Erholung benützt. Zu Füßen der hoch über dem Flußbett gelegenen Station erstreckt sich der große Trepower Park, der so oft das Aufmarschgebiet der Partei und des Reichsbanners bei ihren Demonstrationen gewesen ist. Wie nahe ist man am Wasser, und ganz nahe sind wir der Spree in den Gärten des nun kommenden alten Trepowers, die ausschließlich Restaurationszwecken dienen. Aber gleich hinter ihnen beginnt neues Waldgebiet, der „Pflanzwald“, in dem der Name „Eierhaus“ die Verbindung mit den Erholungsstätten des Ortes gibt. In diesem alten Trepower befindet sich das monumentale Rathausgebäude, auf dessen Vorplatz seit 1926 die charaktervolle Figur „Der Fischer“ von Felderhoff aufgestellt ist — gewissermaßen eine Verbeugung für den althistorischen

Stralauer Fischzug. Noch sei die nahe verbleibende Sternwarte genannt, die vielen Tausenden von Besuchern die Geheimnisse des Himmelsgemölbes erschleiert hat. Aber dieses Trepower unserer Wälder hat einen Zuwachs erhalten, der bis an Köpenick reicht, es folgen nacheinander Niederschöneweide, dem auf der rechten Spreeufer Obersee, die Niederschöneweide entspricht — ein Zentrum der Technik, aber durch den großen Volkspark Buhseide einen Jungbrunnen für die Bevölkerung darstellend, der zugleich durch die Verbindung mit den Siedlungen von Kaulsdorf und Kaulsdorf eine Barriere gegen die Baupetulation bildet. Es folgt weiter Johannisthal, den älteren Berlinern durch den Flugplatz in bester Erinnerung, dann Adlerhof und Alt-Glienke. Die Leitung des Bezirks, in der unsere Parteigenossen großen Einfluß haben, hat es verstanden, alle Teile des weiten Gebietes mit jenen Einrichtungen zu versehen, die heute den Ruhm einer Großstadt ausmachen: nicht nur treffliche Schulen, sondern auch musterhafte soziale Einrichtungen, die der Kinderpflege, der Fürsorge für die heranwachsende Jugend, dem Sport und schließlich dem Bildungsbedürfnis der breiten Masse dienen. Wir haben bei der Schilderung dieser sozialen Maßnahmen, die eine Anfang Januar ausgeführte Rundfahrt darbot, auf die Mannigfaltigkeit und Vortrefflichkeit hingewiesen. In diesen Tagen, wo Winterstürme dem Monnemonat zu weichen beginnen, kann eine Wanderung spreaufwärts manches Interessante bieten, fehlen auch noch der Dampferverkehr und die volle Lebhaftigkeit des Aderlebens, die sich eben erst im Monnemonat einstellen!

Großes Schauschwimmen

im „Luna-Wellenbad“, Halensee der „Freien Schwimmer Groß-Berlin“ (E. V.)

Am Sonntag, dem 1. März 1931, 15 Uhr
Am Start: Beste Berliner Klasse — 450
Startende, Großer Kombinationskünstreigen
Wasserballspiele, Kunst- und Turmspringen
Eintrittskarten zu M. 1.—, 1.50 u. 2.— an der Tageskasse

Genossin Wengels 75 Jahre.

Unsere Genossin Wengels begeht heute in geistiger und körperlicher Frische ihren 75. Geburtstag. Eigentlich ist der Tag ihrer Geburt der 29. Februar: Ihre Jugend verlebte sie in ihrer Geburtsstadt Krefeld. Als junge Frau kam sie nach Berlin zur Arbeit an, da es Berliner Boden betrat, mitten drin in aktiver Parteiarbeit. Reicher Kinderlegen ward dem Ehepaar Wengels zuteil, aber was für viele andere Mütter Vorwand, sich an der Parteiarbeit nicht zu beteiligen, das war für Mutter Wengels geradezu Ansporn, treuester und eifrigster Parteifunktionär zu sein. In der eigenen Familie Sozialismus, d. h. Gemeinschaftsgeist zu pflegen, das war Erziehungsprinzip einer vorbildlichen Mutter. Wie sie an sich selbst die höchsten Anforderungen stellte, keine Müdigkeit konnte im Dienste der Partei, so verlangte sie schon frühzeitig von ihren Kindern, daß sie in ihrer Parteiarbeit unterzuchten.

Genossin Wengels hat noch die Zeit des Ausnahmezustandes und der Polizeiverfolgungen der Sozialdemokratie in Berlin miterlebt. Es gehört zu den schönsten Erlebnissen der ihr nachfolgenden Generationen, wenn sie so manchen gelungenen Streich aus jener Zeit erzählt, wie es ihr gelang, die Polizei hinter das Licht zu führen, oder bei Besuchen im Gefängnis trotz schärfster Ueberwachung den eingesperrten Genossen Nachrichten zuzustellen. Wie sie schon vor Schöpfung des Reichsvereinsgesetzes, wenn auch nicht offiziell Funktionär der Partei gewesen war, so erst recht nach 1908, als wir Frauen ordentliche Mitglieder der Parteiorganisation werden konnten. Neben Ottilie Baader war sie es in erster Linie, die die ersten Frauenabende einrichtete, und das Anwachsen der Teilnehmerzahl mit einer heute kaum mehr zu verstehenden Freude begrüßte. Damals hatten wir Frauen ja keinerlei Ausfluß, irgendwelche Posten zu belegen. Genossin Wengels hat mehr als ein Menschenalter in dem ehemals 4. Kreis, den Paul Singer vertrat, als Frauvertreterin im Vorstand gesessen, und ist noch heute Mitglied des Vorstandes ihres Kreises.

Die früheren Parteitage und Frauenkonferenzen sahen unsere Genossin Wengels stets als Delegierte, und sie, die eigentlich nie das war, was man eine Rednerin nannte, sie wußte stets zu rechter Zeit ihre Stimme zu erheben, und immer fand ihr lauter Rat Gehör. Noch heute ist sie Mitglied des Frauenausschusses des Bezirksverbandes Groß-Berlin und trotz ihres hohen Alters verdammt sie keine Sitzung und nimmt aktiven Anteil an allen Geschessnissen. Die proletarische Frauenbewegung Berlins dankt ihr heute an ihrem 75. Geburtstag für alles, was sie für die Gewinnung,

Aufklärung und Organisierung des Berliner Proletariats geleistet hat, dankt ihr für ihre Traue und Hingabe an die Partei, dankt ihr für ihr Verständnis, das sie einer neuen Zeit entgegengebracht hat, und sendet ihr nach Dresden, wo sie, um allen Feiern aus dem Wege zu gehen, bei ihrer Tochter weilt, den aufrichtigen Wunsch nach vielfähriger Zusammenarbeit mit den Berliner Genossinnen, in der Hoffnung, daß es ihr vergönnt sein möge, den Sieg des Kampfes, den die Partei heute zu führen hat, noch zu erleben.
Mathilde Barm.

Aus Anfängen sozialer Frauenarbeit.

Im Pestalozzi-Fröbel-Haus schilberten drei Frauen, die wertvollste, unergänzliche Pionierarbeit auf dem Gebiete sozialer Frauenarbeit geleistet haben, ein Stück Entwicklungsgeschichte. Bili Droejcher sprach von Henriette Schradet und ihren Ideen zur Volkserziehung; von jener warmempfindenden, lebensbejahenden Frau voll Herzensgüte und tiefster Menschlichkeit, die der neuen Generation neue Wege schuf und ebnete. Alice Salomon erzählte in fauniger Weise vom äußerst bornemollen Pfad ins öffentliche Leben sozialer Hilfe; ganz schüchtern und doch hilflos stand die Frau von gestern zu Anfang dem Problem gegenüber, denn sie war fast weltfremd in allen Dingen des öffentlichen Lebens, die bis dahin das alleinige Reservat des Mannes waren. Aber die Frau eroberte sich ihr Gebiet, und heute, wo Frauenarbeit Eingang gefunden hat in alle Zweige des sozialen Verwaltungsapparates, können jene Schrittmacherinnen mit Stolz und Freude nur auf ein wertvolles Stück Arbeit blicken. Und die Frau mit dem reichen Wissen und dem gütigen Herzen richtete zum Schluß an all jene, die ihr Werk fortsetzen und vollenden sollen, den Wunsch und die Bitte: Diesen menschlichsten aller Frauenberufe auch in dem tiefen Sinne zu erfüllen, der ihm zugrunde liegt. Zum Schluß sprach Hermine Heusler-Edenhauzen über den Kampf um das medizinische Frauenstudium. Kampf auf allen Linien, aber Kampf bedeutet hier Fortschritt, Aufwärtstreben, mit allen Impulsen daran glauben und festhalten: Die Welt immer wieder zu erneuern, nicht durch neue Systeme, wohl aber durch neue Menschen.

Keine Schanterlaubnis bei der Baumbläute.

Den Werberschen Obstzüchtern, die bisher während der Blütentage Schanterlaubnis erhielten, ist von amtlicher Seite mitgeteilt worden, daß in diesem Jahre die Schanterlaubnis unter den Blütenbäumen nicht erteilt werden könne. Es dürfen nur geschlossene Flächen von den bekannten Ständen in den Obstgärten festgehalten werden. Maßgebend für diese Einschränkung ist das Gaststättengesetz vom 28. April 1930, das am 1. Juli 1930 in Kraft getreten ist. Nach diesem Gesetz muß, wenn Vititolauskunft stattfindet, den Gästen auch Gelegenheit zum Einnehmen von Speisen gegeben werden. Es wird weiter verlangt, daß das Gläserfüllen nur mit fließendem Wasser vorgenommen werden darf. Dazu kommen zwingende Vorschriften über hygienisch einwandfreie Abortanlagen, die in den Gärten gleichfalls nicht geschaffen werden können.

50 Jahre Meierei Bolle. Die Meierei C. Bolle u. Co. blickt am 28. Februar 1931 auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit hat die Meierei Bolle von einer Feier Abstand genommen, hat jedoch zur Erinnerung an ihren Gedentag Mittel zu wohltätigen Zwecken bereitgestellt, von denen ein Teil durch die Berliner Winterhilfe in Form unentgeltlicher Abgabe von Milch an bedürftige kinderreiche Familien Verwendung findet.

BHO
ROSEN

INTERNATIONALE AUTOMOBIL-AUSSTELLUNG

BERLIN 1931 · 19. FEBR. - 1. MÄRZ
AUSSTELLUNGSHALLEN AM KAISERDAMM

PROTEKTOR REICHSPRÄSIDENT VON HINDENBURG

Eintritt: WOCHENTAGS 10-14 UHR RM 3,-
14-20 UHR RM 2,-
SONNTAGS 10-20 UHR RM 2,-
23. U. 26. FEBR. SONDERTAGE RM 4,-

Markthändler Klagen.

„An letzter Stunde“ hatte der Verein der Standinhaber der Berliner Markthallen seine Getreidenach dem Lehrereinstellungsaus eingeladen. Nach Angabe des Standinhabers und deutschnationalen Stadtverordneten Rathies, der selbst der Markthallendeputation mit angehört, haben sich sämtliche Fraktionen des Rathhauses darin geeinigt, in eine Nachprüfung der Standgelder einzutreten. Auch die Bereitwilligkeit des Magistrats ist vorhanden. Darum hat Herr Rathies dann in der Rolle des Scharfmachers gefiel, bleibt unverständlich. Ein in den Jahrzehnten aufgespeicherter Referendums von 9 Millionen Mark sei von den Standinhabern erpreßt worden, diese hätten — wenn das Geld noch vorhanden wäre — ein Anrecht darauf, es wäre ihr Eigentum. In der nachfolgenden Diskussion mußte sich dieser Vertreter der Markthändler von unseren Genossen Arndt und Brednow, die ebenfalls in der Markthallendeputation mitarbeiten, belehren lassen, daß dieser Fonds tatsächlich bei der Markthallenverwaltung noch vorhanden ist und seine Zinsen in Höhe von 630 000 Mark alljährlich in ihrem Etat erscheint. Die Standinhaber haben also gemeinsam ihren Nutzen davon und es ist überflüssige Demagogie, einen bestimmten Stand gegen den Magistrat aufzuheben, nur weil dies Gewerbe ebenso unter der Krise zu leiden hat wie die Konsumenten auch. Völlig abwegig war das Rezept des Kommunisten Dröll, der in einem Zug Solidarität mit den kämpfenden Massen auf der Straße empfahl, sowie die Gründung von Aktionstomitees, die die Kampfmaßnahmen vorbereiten sollen. Er empfahl auch den Abgabentritt der Standinhaber, wie es die Riesfeldpächter schon gemacht hätten, doch wurde er von unseren Genossen der Unwahrheit überführt. Diese konnten zur Beruhigung der großen Versammlung mitteilen, daß ihrerseits alles geschehen ist, den Antrag, die Standgelder dort, wo sie nicht mehr tragbar sind, herabzusetzen, zur Annahme zu verheissen.

Im Institut für Sexualwissenschaft findet der nächste sexuellenwissenschaftliche Frageabend am Montag, dem 2. März, abends 8 Uhr, im Ernst-Haedel-Saal (in den Zellen 9 a, Eingang Gartenportal), statt. Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbsgeld die Hälfte.

Das Haus der billigen Stoffe.

In der Leipziger Str. 82 hat die Firma Gutmann im ersten Stock des Hauses eine Verkaufsstätte für Woll- und Seidenstoffe eröffnet. Man kauft heute schon überall billig, aber Gutmann leistet darin etwas ganz Besonderes. Das Geheimnis der billigen Kostulution soll darin bestehen, daß ein Elageladen an Mietpreis, Schaufensterdekoration, Lichtreklame usw. einem Strohgengeschäft gegenüber viel einspart; außerdem erhält ein Kaufmann, der seine Stoffe bar bezahlt, die Ware zu ganz besonders günstigen Bedingungen. Der neue Verkaufsraum präsentiert sich hell und geschmackvoll. Helle Wandverkleidungen sorgen für genügend Licht, an langen Verkaufstischen wartet ein zahlreiches Personal seines Amtes; auf den Ausstellstischen gibt es Neuheiten zu sehen, in Wolle, Seide, Kunstseide und allen sonstigen Geweben, die für Kleider, Blusen und Mäntel Verwendung finden.

Ein neues Kino in Pantow. In der Berliner Straße, unweit der U-Bahnstation Pantow, wurden die „Odeon-Lichtspiele“ neu eröffnet. Das neue Kino faßt 700 Personen, die auf bequemen Mahagonistühlen mit rotem Samtbezug Platz finden; das Theater hat Parkett- und Rangsitze, die gute Sicht und akustisch einwandfreie Hörmöglichkeit bieten. Dafür bürgt vor allem die wirklich gute Klangfilmapparatur, die eine tadellose tonfilmische Wiedergabe liefert. Die Innenverkleidung ist in partem Lackrolle und Zitronengelb gehalten, moderne Beleuchtungskörper geben dem Ganzen einen warmen Ton. Vernünftigerweise kommt man immer mehr von der prunkvollen Ausgestaltung der Kinobühnen ab. Das Eröffnungsprogramm brachte neben der interessanten tönenden Wochenschau einen netten Sportfilm und Lustiges aus der Schaulust; als Hauptfilm gab es „Die Privatsekretärin“; ein Pendant zur armen Kirchenmaus, dem Werdegang eines kleinen Büromädchens, die sich mit Schloßheit und hübschen Reizen zur Frau Direktor hinaufjagt. Felix Bressart, der Urkomiker, als Bürodienner, Sängerknabe und Protokollant in einer Person war wieder einmal herzerquickend.

Wochenenswerte Einzeltickets! Das beliene bekannte Wartenhaus S. Jepsch u. Co., Westfälische, hat seit einigen Tagen eine beachtenswerte Einrichtung getroffen. Im Gesellschaftssaal wird mit Rücksicht auf die weniger Bemittelten und besonders für die ganz kleinen Portemonnaies ein gutes warmes Mittagessen mit Tagesuppe für den geringen Preis von 50 Pf. verabreicht. Im Vorzimmer, an der Theke, gibt es einen starken kalten Erdbeertee mit Saft oder Limonade mit ein paar Würstchen für 30 Pf., desgleichen eine Tasse Kaffee mit Sahne und Zucker für 10 Pf. Es empfiehlt sich, von dieser willkommene Einrichtung recht regen Gebrauch zu machen.

Wie bekannt wird, hat Herr Scheiner Kommerzienrat Dr. Kurt Eickert, Besitzer des bekannten Hotel Excelsior, Berlin, sein im gleichen Hause befindliches Excelsior-Bad durch Einbau eines mehr als 100 Quadratmeter großen Schwimmbadens für Damen und Herren wesentlich erweitert.

Wo bleibt der Zweite?

Die Parole der Partei: „Wo bleibt der zweite Mann?“ hat überall im Lande eingeschlagen. Überall im Reich werden Scharen neuer Mitkämpfer in die Parteiorganisation eingereicht.

Was für die Partei so erfreulich begonnen hat, muß auch für die Parteipresse durchgeführt werden. Jeder Leser, der für den „Vorwärts“ neu gewonnen wird, stärkt die Kampffront gegen faschistische Unkultur und kommunistisches Rowdntum. Darum laßt den Monatswechsel nicht ungenutzt vorübergehen. Benutzt den unten angefügten Bestellzettel beim Werben für den

„Vorwärts“

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Frauenstimme“, „Technik“, „Blick in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus.

(Monatlich 3,60 Mk., wöchentlich 85 Pf.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Übergab. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Aussfüllen und einlösenden an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Oeffentliche Kundgebung

Blankenburg, Sonntag, den 1. März, 17 Uhr, Lokal Krug, Dorfstr. 2.
Thema: Wollen die Frauen den Bürgerkrieg?
Rednerin: Käthe Kern. — Hans Plettner: Gegen Bürgerkrieg und Faschismus.

**Volksgenossen! Erscheint in Massen!
Helft den Faschismus bekämpfen!**

Allgemeine Wetterlage.



Die milden westlichen Winde, die am Donnerstag die Temperaturen bis auf 10 Grad steigen ließen, wurden im Laufe der Nacht zum Freitag aus ganz Deutschland verdrängt. Das Wetter nahm einen unbeständigen Charakter an. Dabei herrschten im größten Teil des Reiches Nordwestwinde vor. Aber nur im Nordosten, wo es tagsüber auch meist bewölkt war, stieg die Temperatur mittags nur wenig über Null. Auch im Alpenvorland war es recht kühl. Im übrigen Reich, wo die Bewölkung geringer war, stiegen die Temperaturen meist auf 4 bis 7 Grad Wärme. Nennenswerte Niederschläge traten nur im Süden Deutschlands auf. Die finnische Depression hat sich schnell nach Nordrußland verlagert. Bei Island ist aber bereits wieder eine neue Störung aufgetreten, die rasch nach Osten vorzudringen scheint. Das Wetter wird daher wieder eine Verschlechterung erfahren.

Wetterausichten für Berlin: Wieder Eintrübung, später auch Regenfälle. Temperaturen vorübergehend ansteigend. — Für Deutschland: Westwärts fortschreitendes Regenwetter mit vorübergehendem Temperaturanstieg.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Festangabe.

heute, Sonnabend, 28. Februar.

- 7. und 8. Kreis, 17 1/2 Uhr Juristische Sprechstunde, Jugendheim Köpenick, Straße 4, Gelegenheit zum Nischenausritt.
- 4. Abt., Beschäftigte des Kriminalrats Gerichtsbezirk.
- 15. Abt., 17 Uhr Treffen Gebod-Bundesgruppe, Wilhelmstr. 92-94.
- 18. Abt., Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Genossen ab bekannte Straße, Tomberg, Anleihe zum Sozialismus.

Morgen, Sonntag, 1. März.

- 106. Abt., 16 Uhr Dantek-Rachmittag der Kinderfreunde im Jugendheim Dahlwitzer Str. 13 (Gasanbau). Lichtbildvortrag: „Hilflos“. Eltern und Geste herzlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Tiergarten, Jung- und Volk-Kollekt: Sonntag bei schönem Wetter Schönehafer, Treffpunkt der Roten Hallen 8 Uhr, Jungstellen 9 1/2 Uhr Goplawitzstraße Ecke Alt-Moabit.
- Kreis Schöneberg, Sprechstunde: Treffen zur Fahrt heute 17 1/2 Uhr Spt. Schöneberg, Sonntag Aulus: Alle organisiert wie mehrstellige Wanderungen? Nachmittags für Eltern mitbringen.
- Prenzlauer Berg: Jung- und Volk-Kollekt der Gruppe Viktor Adler: Sonntag Kulembobesam, 10 Uhr Kulembobesam, 10 Pf. mitbringen. — Gruppe Friedrich Ebert: Treffpunkt zur Fahrt 7 1/2 Uhr Spt. Schönehafer Allee, 50 Pf. mitbringen.
- Kreis Neukölln, Sprechstunde: Treffen, Sonntag, um 19 Uhr, im Heim Steinmühlstr. 114, Besprechung der Helfer, Quartiermusik und Literatur. Alle Frauen mitgebracht werden. — Gruppe Lichtkämpfer: heute, Sonnabend, um 19 1/2 Uhr, im Heim Wilhelmstr. Ecke Kauerer Straße, Elternabend. Alle Eltern sind willkommen.

Funkwinkel.

Aus Breslau kam am Abend wieder eine Veranstaltung „Heimat in Schlesien“. Diesmal „Das Leben des Johann Christian Günther“. Es war ein Versuch auf neuem Gebiet, mit manchen Mängeln behaftet, wie das kaum anders zu erwarten war. Und trotz vieler Unzulänglichkeiten: die Geistigkeit eines Menschen, der aus der Enge des eingetauften Trostes herausstrebt, um in freier Luft zu atmen, die Welt zu erleben, und der zwischen seiner Einsamkeit und der Stumpfheit seiner Umwelt zu Tode geht wird, erklang aus Wort und Ton des Menschen. — Die „Sprechstunde vor dem Mikrophon“ scheint eine erfreuliche Bereicherung der Berliner Programm zu werden. Sie hat den „Briefkasten der Zeitungen zum Vorbild“ genommen: Anfragen aus den verschiedensten Interessengebieten werden beantwortet. Die Fragesteller treten selber vor das Mikrophon, Sachverständige geben ihnen Auskunft. Alfred Braun sorgte dafür, daß die einzelnen Unterhaltungen sich nicht zu sehr in die Breite dehnten und daß sie kein trodenes Frage- und Antwortspiel wurden. Immer blieb dem Hörer dieser Stunde die Nähe der lebendigen Menschen bewußt; er nahm teil an ihren Nöten, ihren Sorgen, ihren geistigen Interessen. — Hans Reißiger las aus eigenen Arbeiten, einen Abschnitt aus einem Wagner-Roman: „Die Uraufführung des Ringi in Dresden“. Ein Bild, wie eine seltene Schnellphotographie des jungen Genies Wagner; in den Einzelheiten nicht immer deutlich, aber doch sehr menschlich, ohne gestellte Pose.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

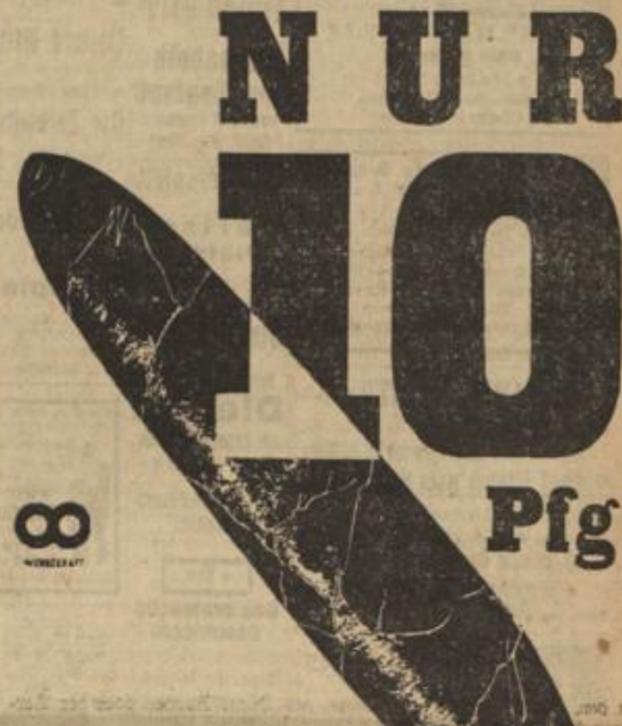
Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Funktionsrat! Die für heute angelegte Funktionsraterversammlung findet am Samstagabend statt!
Generalsversammlung morgen, Sonntag, 9 1/2 Uhr, im Biergarten des Reichswehrkassens, Bebenstr. 15. Däne Kusowia und Rita Liebschütz sein Zutritt.
Kundgebung der G.D. Maxims, 2. März, 19 1/2 Uhr, im Sportplatz. Es sprechen Otto Braun, ehemaliger Ministerpräsident und Dietrich Kuhn, Vertreter des Bundes „Tageskampf der Freiheit“, Karten zu 30 Pf. sind im Sekretariat erhältlich. — Gruppenfahrten sind mitzubringen.
Sonderveranstaltung der Halleische 22. März, 18 Uhr: „Die Weltanschauung der Renaissance“. Karten zu 30 Pf. sind im Sekretariat erhältlich.
G.D.-Gruppen: „Der rote Schiller“ Nr. 2 kann abgeholt werden.

heute, Sonnabend, 19 1/2 Uhr.

Krauswitzer Platz 1: 18 Uhr Funktionsraterversammlung bei Erster. — Tempelhofer Platz 19 Uhr Spielgemeinschaft: „Roter Stern“. — Kreuzfeld IX: Nacht fällt mitreden aus, bei Straße 9 1/2 Uhr Kauerer Straße.
Berberstraße 18: 18 Uhr: „Der rote Stern“. — Treffpunkt 18 Uhr 197, Prenzlauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsverwundeten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bezirk Zentrum, Rantow, 2. März, 10 Uhr, findet in den Räumlichkeiten des Hof-Restaurants „Roter Stern“, — Kreuzfeld IX: Nacht fällt mitreden aus, bei Straße 9 1/2 Uhr Kauerer Straße. Referent: Rainer Hoffmann: „Der Reichsbund und sein Einfluß auf die Wehrmacht“.
Sozialistische Gemeinde, Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. D. Hoffe: „Jenseits von Rente und Lohn“. Harmonium: Aus der Duerstraße zu Wilhelm Tell (Kofeln). Gäste willkommen.
„Kulturabend“, Vortragsabend der Arbeiter, z. B. Beilagsgruppe D. Sitzung am Dienstag, 2. März, 20 Uhr, im „Kaiser-Palast“, Rantow Ecke Simon-Dach-Straße. Rantow-Schule spricht weiter über die Einführung in die Sozialpolitik. Rauchende leben! Rantow, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, 18-21 Uhr, Werkstatt des Sozialismus Friedrichshagen, Stromstraße 1.



aber eine L & W - Zigarre

Das ist No 10 — Um Ihnen zu zeigen, welche Qualität Sie mit unserer No 10 kaufen, veranstalten wir ab Montag, den 2. März in den Schaufenstern unserer Filialen eine Ausstellung der No 10, die Sie über die Tabak-Zusammensetzung orientieren soll. — Wir sparen bei No 10 die elegante Packung, um ihre Qualität zu steigern. — Aus 3 Kisten, die wir Ihnen vorlegen, können Sie sich I H R E No 10 aussuchen. Wir empfehlen weiter: Brennus zu 10 Pfg — Große L & W zu 12 Pfg — Ich schlage alles — zu 15 Pfg — Donna Lucia zu 20 Pfg

LOESER & WOLFF

Die größte Zigarrenfabrik in Deutschland

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 18.2
Staats-Oper
Unter d. Linden
18.0, A-V
19 Uhr
Palestrina
Ende n. 22 1/2 Uhr

Sonnab. 2.2
Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus III
20 Uhr
Galathea
Lord Speen
Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
im Platz der Republik
4. R.-S.
19 1/2 Uhr
Louise
Offenb. Kartentafel
Ende g. 23 Uhr

Staatl. Schauspiel
153 A.-V.
20 Uhr
Nathan der Weise
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg
20 Uhr
Die Journalisten
Ende gegen 23 Uhr

Winter Garten
8 1/2 Uhr, Zentr. 2019. Haschen erlaubt.
7 Alfredos - „Arcano“
Dollinoffs - 3 Cressos
und weitere internationale Varietè-Stars.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 7 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
28. Febr. und 1. März
8 Uhr
Hans Albers
in
Liliom
Vorstadtlegende
von Franz Molnar

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Die Journalisten

Deutsches Theater
8 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Bruckner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Pariser Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Neude zum 75. Male:
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Hock.

Deutsches Theater
8 1/2 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Bruckner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Pariser Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Neude zum 75. Male:
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Hock.

Kurtürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Das schwache Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Kleines Theater
Täglich 2 Vorstellungen
7 Uhr
ist keinmal
9 Uhr
Liebe unmodern
Grete Reinwald
Willy Kaufmann,
Heinz Klubertanz

Das blaue Hemd von Ithaka
MUSIK: J. OFFENBACH
THEATER IM ADMIRALPALAST

Barnowsky - Bühnen
Theater in der Strassenbahnstr.
1 1/2 Uhr
Amphitryon 38
Komödie von Jean Giraudoux
Inszenierung: Vicior Barnowsky

Komödienhaus
7 1/2 Uhr
Erstaufführung:
Eine königliche Familie

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber,
Gitar Alpar, Schützendorfer
Sonntag nachm. 4 Uhr
Kleine Preise
Schön ist die Welt

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Viktoria und ihr Husar
Mary Lasseff, Dutsch,
Gröfelfeld

Berliner Uik-Trio
Neukölln.
Lahnstr. 74/76.J

NEUE WELT
Arnold Scholz
U-Bahn Hermannplatz, Rosenstraße 100-114

Gr. Bockbierfest
und
Grosser Alpenball
7. Kapellen, Neue Dekorationen.
Bayr. Bedienung
Einlaß: Wochentags 6 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

GROSSES SCHAUPIELHAUS
Tägl. 8 Uhr. Im weissen Ross.
Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise. Regie: Erik Charell.

Nur noch 4 Tage!
„Die schöne Helena“
Der große Presse- und Publikums-Erfolg
im
ROSETHEATER
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn Strassenberger Pl.
Alex: 3422 und 3494

Täglich 8.15 Uhr
Sonnabend 7 u. 10.15 Uhr
Sonntag 5.45, 9 Uhr
Abendpreise: Von 50 Pf. bis 3 M.

Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag, Freitag
8.30 Uhr:

„Das Parfüm meiner Frau“
Das pikante Lustspiel
von Leo Lens
Preise 30 Pf. bis 1.50 M.
30 Minuten Kaffeepause
Kaffee und Kuchen 30 Pf.
6 Tägl. Ververk.: 11-1 u. 4-9 U.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Preis-Abbau: Num. Parkett 75 Pf.
Mittel-Parkett 1 M.
Orchestersitz und Logen 1.50 M.
Nachm. ermäßigte Preise!
Volltes Programm!

Dönhoff-Breitl: Varietè-Konz.-Tanz

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Preis-Abbau: Num. Parkett 75 Pf.
Mittel-Parkett 1 M.
Orchestersitz und Logen 1.50 M.
Nachm. ermäßigte Preise!
Volltes Programm!

Dönhoff-Breitl: Varietè-Konz.-Tanz

HAUS WATERLAND
VORSTADT ZOO
Feiernungs-Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Ein Grobmacht-europäischer Hotel
Berlin HOTEL ANNEKE
EXCELSIOR

Gewinnauszug
5. Klasse 36. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lote gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

17. Ziehungstag 27. Februar 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 55515 235679
10 Gewinne zu 5000 M. 43883 81277 140302 196820 335034
20 Gewinne zu 3000 M. 60556 63523 65959 103066 198809 207723
319736 223614 234784 270105
46 Gewinne zu 2000 M. 1226 4420 19174 84143 84044 118656
133127 151333 170366 186811 194109 202894 212214 238090 254734
263378 294712 297895 305399 346810 355902 363008 392970
124 Gewinne zu 1000 M. 1194 15916 19080 20614 21352 23395 31415
47844 52248 54971 61186 64184 73492 75683 78407 89097 90241
107754 127098 135517 146788 156506 161684 174885 176855 179145
180701 182159 201770 207319 216594 231701 253015 254085 255174
265152 268214 272160 280991 282189 292887 301420 305924 310394
317747 318360 319853 321175 330487 340918 343299 349182 362452
362895 369023 367372 369329 370891 378977 372735 391644 393027
192 Gewinne zu 500 M. 6772 12118 17492 27340 29717 32099 32779
33440 34046 35526 36355 36520 44883 47407 48030 59237 68504
69667 70498 72818 73241 73313 82750 83484 84384 85089 93917
98091 99949 100070 104364 106987 114151 114965 116715 117814
118553 120090 137172 139169 141406 147713 153531 157033 158448
160652 162010 168371 175037 175075 182590 191603 192869 199690
200483 207499 210101 211202 212922 213591 219859 220441 228881
229934 231266 234113 234259 252594 256198 257318 268397 268904
269839 272630 276723 277492 284501 288581 290993 308156 311632
312952 331608 339265 337691 343876 350194 366650 366043 371349
379891 377132 379878 383801 394095 399705

20. Ziehungstag 27. Februar 1931
In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 272904
2 Gewinne zu 10000 M. 317020
16 Gewinne zu 5000 M. 2508 19067 76053 92297 167015 288551
334778 336109
16 Gewinne zu 3000 M. 71193 86453 106695 117531 138144 148861
155151 276861
58 Gewinne zu 2000 M. 18998 29750 36393 69126 86646 92357
110998 118933 129387 132206 134131 159197 160986 163297 175027
179536 180744 202402 205400 207433 234462 255123 260931 270549
281006 305514 370627 393981 394153
96 Gewinne zu 1000 M. 17067 18355 23885 24837 25353 32802
47503 52796 59582 76483 77943 109157 109618 109847 118648
120503 122714 147156 148645 154065 166611 167369 179752 202176
204620 213994 225248 236532 245224 252073 256893 269090 280139
281118 285759 289941 290188 302566 303193 304547 318591 344389
346259 358014 362034 373794 374637 395025
172 Gewinne zu 500 M. 7012 9412 14549 17681 22630 35911 40582
41810 45208 45895 46978 50951 53632 53178 58508 60228 72563
91317 93822 101325 104379 110187 133209 136820 140220 142213
148426 147826 154770 165133 169545 171376 172089 174384 174874
178030 178476 189125 190383 196825 199205 203149 207674 208884
216173 222450 224757 227095 234217 236587 238947 245202 250537
253994 256996 258635 258728 263259 265562 273618 277244 280495
281289 282791 283249 287831 290783 290800 298123 299781 303555
316801 320686 322671 325057 336706 348277 356020 362158 373488
378451 381961 383701 398408 398838 394320

Im Gewinnstabe verblieben: 2 Premien zu je 500.000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 75000, 2 zu je 5000, 14 zu je 25000, 64 zu je 10000, 172 zu je 5000, 420 zu je 3000, 1288 zu je 2000, 2442 zu je 1000, 3914 zu je 500, 11894 zu je 400 März.

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER

IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN

Zentrale: S 14, Wallstraße 65
Depositenkasse: SW 68, Lindenstraße 3

Zinsen für Spareinlagen:

bei täglicher Kündigung . . . 5 % p. a.
bei monatlicher Kündigung . 5 1/2 % p. a.
bei vierteljähr. Kündigung . 6 % p. a.

Am Mittwoch, dem 25. Februar, verschied an einem Herzschlag Herr Handelsgerichtsrat

Arnold Obersky

Seit der Gründung des Krankenhauses Lankwitz gehörte er dem Kuratorium des Krankenhauses an, zu dessen Aufbau er außerordentlich viel beigetragen hat. Wir werden seinen klugen Rat, seine stets Hilfsbereitschaft nur schwer vermissen. Sein Andenken wird in uns alle Zeit fortleben.

Das Kuratorium, die Aerzte, die Verwaltung, die Schwesternschaft des Krankenhauses Lankwitz.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin
Todesanzeige
Dem Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Junvalde, Robert Hilt, 61 Jahre alt, am 23. Februar 1931, 11 Uhr, an dem Städt. Friedhof, Reinholderdamm, Hambornstr. 1, nach langer Krankheit, verschieden ist.

Hugo Eckstein
wohnhaft Schwerdtstr. 7, geboren in
Ehre seinen Angehörigen!

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 28. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, auf dem Städt. Friedhof, Reinholderdamm, Hambornstr. 1, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 26. Februar verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann und Vater, der Kaufmann

Georg Müller
Jennigsdorfer Straße 37.

Frau Elisabeth Müller
und Tochter Hildegard

Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 3. März, um 7 Uhr abends im Krematorium Götterstraße 111, statt.

Am 21. Februar verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann und Vater, der Kaufmann

Louis Pätzold
am 21. Februar geboren ist.

Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 28. Februar, 15 Uhr, im Krematorium Götterstraße 111, statt.

Um rege Beteiligung wird ermahnt.

Nachruf
Am 22. Februar Nord unser Kollege, der Arbeiter

Ernst Hoffstädter
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Der gute Kapitan-Kaufabak
ist in den meisten Zigarrengegesch. erhältlich.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Köpenick, 3001

Achenbach - Garagen
ab Lager
Weißblech-, Stahl- u. Betonbau
in jeder Art. Angeb. u. Prosp. kostenlos

Gebr. Achenbach & Co. m.b.H., Weidmann Str. 10
Eisen- und Weißblechwerke - Postfach 385
Jnt. Automobil-Ausstellung Berlin, Stad 1060, Freigelände

Spritzpumpen
aus Selbstschleifen
Pflanzsauger,
Schleusen etc.
Krüger & Lathan
Pumpenfabrik
Neue Friedländerstr. 137
1. W. v. W. v. W. v. W.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.
Anzeigen, welche für die kleine Anzeigen-Sektion geeignet sind, werden zu besonderen Bedingungen angenommen. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Einlieferung, jedoch nicht später als 15 Tage vor dem Erscheinen der Zeitung, angenommen. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Einlieferung, jedoch nicht später als 15 Tage vor dem Erscheinen der Zeitung, angenommen.

Verkaufte
Einzelnum.
Gyllat, Rosenstr. 2

Gefahr für Berlins Werke.

Heinemann von der belgischen Sofina und Oliven von der Gesfürel wollen privatisieren.

In den Bemühungen der Stadt Berlin, in diesem Jahre fällige 600 Millionen kurzfristige Schulden in langfristige Anleihen umzuwandeln und dadurch von den Banken unabhängig zu werden und die Zinslasten zu senken, hat sich eine gefährliche Veränderung vollzogen. Es liegt jetzt ein Angebot ausländischer Kapitaltreue vor, vertreten durch Dannie Heinemann, den Generaldirektor der belgischen Sofina, der Stadt Berlin bei der Beschaffung einer großen Dollaranleihe behilflich zu sein, unter der Bedingung, daß die Bewag zu 51 Proz. in die Hände des ausländischen Sofina-Konzerns übergeht.

Was war bisher beabsichtigt?

Wir haben unsere Leser über den bisherigen Verlauf der Bemühungen der Stadt Berlin ständig unterrichtet. Im Vordergrund standen Verhandlungen mit der Preussischen Elektrizitäts-L. G. Diese gingen in wesentlichen darauf hinaus, die Betriebsgesellschaften der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in Besitzgesellschaften von 60 und 150 Millionen Mark umzuwandeln, die Herrschaft über die Bewag (Besitzgesellschaft) mit 60 Millionen bei der Stadt zu belassen und mit je 45 Millionen an die Preussische Elektrizitäts-L. G. und die Reichs-Elektrizitätswerke L. G. zu übertragen. Nach Errichtung der Besitzgesellschaften sollten Anleihen im Betrage bis zu 300 Millionen Mark auf der Grundlage des Gas- und Elektrizitätswerke-Besitzes der Stadt Berlin beschafft werden, wodurch die Rückzahlung erst nach einem sehr erheblichen Teil der kurzfristigen Schulden Berlins in langfristige umzuwandeln, die Zinslasten zu senken und die Stadt Berlin von der Gefahr der Kündigung der Kredite und immer wiederkehrender Finanzverlegenheiten zu befreien.

Diese Verhandlungen mit Preußen und dem Reich sind noch voll im Gange. Die Verbindungen zur Anleihebeschaffung sind aufgenommen, und wenn auch die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen sind, die angesichts der noch fortwährenden Vertrauenskrise gegenüber Deutschland auf den ausländischen Kapitalmärkten bestehen, so ist doch ein günstiges Ergebnis dieser Verhandlungen und des ganzen Preußen-Reich-Berlin-Projektes zu erwarten.

Wir haben bisher den Standpunkt vertreten und halten daran fest, daß die Zusammenfassung der Finanzkraft Preußens, des Reichs und Berlins zur Erhaltung des öffentlichen Charakters der Berliner Werke nützlich, zweckmäßig und notwendig ist, daß um jeden Preis der öffentliche Charakter der Berliner Werke aufrechterhalten werden muß, und daß die Beteiligungen Preußens und des Reichs an dem Berliner Werkbesitz keinerlei Aenderung des eindeutig gemeinwirtschaftlichen Charakters dieser Monopolbetriebe bedeutet, sondern nur einen Wechsel in den öffentlich bleibenden Formen, der zudem der Elektrowirtschaft Deutschlands auch unter dem Gesichtspunkt rationeller Zusammenfassung und rationellen Ausgleichs nur nützlich sein kann. Zu diesem Projekt ist nun ein anderes, das genannte

privatkapitalistische Sofina-Projekt in Konkurrenz getreten.

Die Sofina ist eine belgische Elektro-Finanzierungs-Gesellschaft mit einem Eigenkapital von 200 Millionen Franken, die, außer in Belgien selbst, in Südamerika, besonders in Argentinien, in Spanien, Ostafrika, Portugal, Ungarn, auch in der Türkei und Ostasien ziemlich erhebliche finanzielle Elektrointeressen besitzt. Der Leiter der Sofina ist Dannie Heinemann, der ein großartiger Finanzspekulant genannt werden kann, und dessen Konzernaufbau sich zwar im wesentlichen aus finanziellen Beteiligungen an Elektrizitätswerken, Verteilungsgesellschaften und auch elektrischen Produktionsgesellschaften zusammensetzt, aber doch durch die wohlfeile finanzielle Expansion seiner Elektrointeressen in der ganzen Welt mit einem elektropolitischen Warenhaus nicht mit Unrecht verglichen werden kann. Die Sofina und Herr Dannie Heinemann haben den großen Ehrgeiz, europäische Elektropolitik zu machen. Die Sofina hat auch ziemlich erhebliche Interessen in Deutschland und ist besonders an der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfürel) beteiligt, deren Leiter Generaldirektor Oliven ist.

Herr Oliven von der Gesfürel hat auf der Weltkraftkonferenz vom Juni 1929 ähnliche Gedanken vertreten wie die Sofina in ihrem letzten Geschäftsbericht. Die Sofina verfolgt den Gedanken, die Beschaffung elektrischer Kraft in Europa durch eine die Grenzen überspringende Elektropolitik zu bekämpfen. Herr Oliven von der deutschen Gesfürel, der für die Kapitalbeschaffung von der Sofina abhängig ist, hat einen Plan „Europas Kraftlinien“ veröffentlicht, der auf ähnliche Ziele hinausgeht. Herr Heinemann wie Herr Oliven sind selbstverständlich in erster Linie daran interessiert, die heute auch in den übrigen Staaten Europas größtenteils staatliche oder kommunale Elektrowirtschaft bei der Durchführung dieser ihrer Pläne zu privatisieren. Zum mindesten wird eine gemischtwirtschaftliche Regelung angestrebt, in der das Privatkapital aber die absolute kapitalmäßige, betriebs- und tarifpolitische Führung hat.

Herr Dannie Heinemann und Herr Oliven arbeiten auf das allerengste zusammen.

Es ist bekannt, daß sie fast jeden Tag zwischen Brüssel und Berlin direkte Gespräche führen. So sieht es auch außer allem Zweifel, daß das Erscheinen Heinemanns in Berlin so gut wie nichts damit zu tun hat, in erster Linie für Berlin Anleihen zu besorgen und eventuell daran zu verdienen, sondern die Privatisierung der Berliner Werke im Rahmen seiner Gesamtpläne herbeizuführen. Daß dabei Herr Oliven von der Gesfürel ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt, daran ist ein Zweifel nicht möglich. Die Vermutung ist auch gerechtfertigt, da wiederum Herr Oliven und Herr Dr. Kehl von der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft zusammenarbeiten, daß mindestens die D-B-Bank, die wie die übrigen Berliner Großbanken übrigens bei der Neuorganisation des Sofina-Konzerns mitgewirkt hat, die Pläne Heinemanns und Oliven fördert.

Was will nun Herr Heinemann, was will die Sofina in Berlin?

Die Gaswerke interessieren die Sofina natürlich nicht. Die Sofina will aber die Herrschaft über die Berliner Elektrizitätswerke. Von der Betriebsgesellschaft „Bewag“ will die Sofina für sich und die ihr befreundeten Kreise (d. h. zunächst Herrn Oliven) 51 Proz. Kapitalbeteiligung von dem jetzigen 15-Millionen-Kapital. Wir wissen, daß Herr Heinemann in einem früheren Stadium sogar 74 Proz. verlangt hat! Die gesamte Krafterzeugung und -verteilung Berlins soll dann in eine neue Besitz-

gesellschaft eingebracht werden, die mit der von der Sofina zu beherrschenden „Bewag“ einen Pachtvertrag abschließt. Die neue Besitzgesellschaft soll eine Anleihe von etwa 100 Millionen Dollar aufnehmen, die die belgische Sofina im Auslande unterzubringen sich bemühen will. Der Stadt Berlin, die voll das Eigentum an der Besitzgesellschaft behalten soll, soll ein Rückkaufsrecht für die abgegebene Beteiligung nach zehn Jahren erhalten.

Was bedeuten die Sofina-Vorschläge?

Die Vorschläge Heinemanns und Oliven verfolgen natürlich das Ziel, das Zusammengehen Berlins mit Preußen und dem Reich zunächst zu verhindern. Die Folge des Sofina-Planes wäre die Herrschaft des ausländischen Kapitals über die Berliner Elektrizitätswerke, die Ausschaltung des kommunalen Einflusses aus der Berliner Kraft- und Kraftverorgungswirtschaft und das nur sehr schwer einzuschränkende völlige Verfügungsrecht über die Tarifgestaltung. Die Herrschaft der Stadt Berlin über die Besitzgesellschaft würde deshalb nichts bedeuten, weil die Elektropolitik und die Elektropreise von demjenigen gemacht werden, der die Betriebsführung hat. Das wäre die Sofina. Die gleichzeitig angebotene Beteiligung von Preußen und dem Reich an der Betriebsgesellschaft würde an der Einflußlosigkeit Berlins nichts ändern und nur ein Schönheitspäflchen bedeuten, weil Preußen und das Reich nicht die Majorität haben würden.

Wir hatten den von der Sofina gemachten Vorschlag für völlig indiskutabel.

Die Stadt Berlin kann auf die entscheidende Einflußnahme bei der Kraftverorgung, Kraftverteilung und den Tarifen nicht

Die Lage der Konsumvereine.

Vierteljahresbericht des Zentralverbandes. / Die Wirkungen der Krise.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes für das vierte Quartal 1930 ist die Zahl der Mitglieder in den zur Statistik berichtenden Konsumvereinen mit über 400 Mitgliedern im letzten Quartal 1930 von 2.917.735 auf 2.966.802 gestiegen. In der Umsatzentwicklung zeigt sich der starke Einfluß der Wirtschaftskrise.

Der Umsatz des vierten (Weihnachts-) Quartals steigt zwar mit 313 Millionen noch über dem des dritten Vierteljahres, ist aber im Vergleich zum letzten Quartal des Vorjahres doch um 25 Millionen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist relativ gering im Vergleich zu dem beim privaten Einzelhandel, wo er nicht 8 Proz., sondern 16 bis 17 Proz. beträgt. Der konsumgenossenschaftliche Mengenumsatz dürfte dagegen nicht gesunken sein, da die starke Preislenkung des Jahres 1930 für die Umsatzverringeringung wahrscheinlich entscheidend ist. Jedenfalls aber hat das Jahr 1930 keine neue Umsatzsteigerung gebracht.

Im ganzen Kalenderjahr 1930 wurde bei den Konsumvereinen mit mehr als 400 Mitgliedern ein Umsatz von 1183 Millionen Mark erzielt oder 29 Millionen Mark weniger als im Jahre 1929. Das Jahr 1929 hatte noch eine Umsatzsteigerung um 119 Millionen Mark oder 11 Proz. gebracht. Fehlende Umsatzsteigerung mit dem Verlust von 1930 zusammengerchnet, macht eine vergleichsweise Behinderung der Konsumvereine in der Aufwärtsentwicklung durch die Krise im Betrage von 148 Millionen Mark aus, was teilweise auf die Wirtschaftskrise, teilweise auf die Preislenkung zurückzuführen ist.

Im vierten Quartal 1930 ergab sich ein Umsatz pro Mitglied von 105,50 M. gegen 100,20 M. im dritten Quartal und gegen 116,10 M. im vierten Quartal des Vorjahres. Also auch hier ist der wertmäßige Rückgang festzustellen; sogar der Pro-Kopf-Umsatz des vierten Quartals 1928 (111,40 M.) wurde unterschritten. Die Verbraucherkaufkraft wurde offensichtlich gegen Ende des Jahres 1930 durch die Krise am stärksten betroffen.

Die Anteilguthaben der Mitglieder sind vom dritten zum vierten Quartal von 62,6 auf 64,1 Millionen weiter gestiegen. Im Verhältnis zum Umsatz ergibt sich aber ein Rückgang von 31,41 auf 20,49 Proz. Die Rücklagen aller Art erhöhten sich von 64 auf 65 Millionen, sanken im Verhältnis zum Umsatz ebenfalls, und zwar von 21,90 auf 20,78 Proz. Die Lieferanten-schulden der Konsumvereine stiegen von 51,8 auf 56,2 Millionen Mark, waren aber Ende 1930 um 6,4 Millionen Mark niedriger als Ende 1929.

Die Spareinlagen zeigen zum erstenmal im vierten Quartal gegenüber dem dritten eine Einbuße. Sie gingen von 413 auf 404 Millionen Mark zurück. Die Bankguthaben der Vereine bei der G.C.B. hatten Ende September 1930 mit 163 Millionen Mark ihren höchsten Stand erreicht, sanken aber bis Ende Dezember 1930 auf 146 Millionen, was mit dem Rückgang der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen und der Ausschüttung von 56 Millionen Mark Rückvergütungen in den Herbstmonaten zusammenhängt.

Ruhrkohle gegen englische Kohle.

Streit zwischen Dessauer Gas und Kohlen Syndikat beigelegt.

Seit Monaten ging ein heftiger Kampf zwischen dem Ruhrkohlen Syndikat und dem Dessauer Gas-Konzern um die Kohlenlieferung der Großgaserei Mitteldeutschland L. G. An dieser ist neben der Dessauer Gas L. G. die Stadt Magdeburg und einige Kommunalverbände beteiligt; sie verlangten einen großen Teil des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes mit Ferngas. Zum Dessauer Gas-Konzern gehört die Zeche Westfalen, die — ohnehin trachtgünstig gelegen — die Großgaserei beliefern sollte und zwar im Werkselbstverbrauch, so daß auf diese Kohlenmengen nur geringe Syndikatumlagebeiträge zu zahlen gewesen wären. Das Syndikat wollte aber nicht die Belieferung von der Zeche, sondern nur über das Syndikat zulassen und die bezogenen Kohlenmengen nur dann als Werkselbstverbrauch anerkennen, wenn der von der Großgaserei erzeugte Koks über das Syndikat verkauft würde. Darauf wollte aber die Großgaserei nicht eingehen, da sie eine bestimmte Sorte Kohlen bauernd zu beziehen wünschte, die zum Konzern gehörige Zeche befreit beschaffen und den Koks durch die Vereinnahmung der Gas-

verziehen. Der überwiegende kommunale Einfluß ist notwendig, um die großstädtischen Gesichtspunkte zweckmäßiger Siedlungs- und Bevölkerungspolitik auch in der Kraftwirtschaft durchführen zu können. Alle Vorteile, die mit dem Zusammengehen Berlins mit Preußen und dem Reich verbunden wären, ganz besonders aber der öffentliche Charakter der Berliner Kraftverorgung würden zerstört. Kraftwirtschaft und Kraftverorgung sind Monopolbetriebe. Solche Monopolbetriebe von der Größe wie in Berlin privatkapitalistisch beherrschen zu lassen, bedeutet einen in einem Ausmaß kaum zu beschreibenden wirtschafts- und sozialpolitischen Rückschritt. Man bedenke, daß selbst die Vereinigten Staaten dem Privatcharakter dieser Monopolbetriebe ein Ende machen wollen.

Dazu kommt, daß Deutschland die Herrschaft über seine Kraftwirtschaft um jeden Preis in der Hand behalten muß. Die elektrische Kraft ist heute als Kraftstoff wichtiger als die Kohle. Sie ist ein entscheidender Posten in der Kalkulation der Industrie. Gibt man die Herrschaft über die elektrische Kraft in ausländische Hände, so wird damit einer der wichtigsten Faktoren in der Gestaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie der Beeinflussung des ausländischen Kapitals unterstellt. Es besteht weder für die Privatisierung noch für eine Gemischtwirtschaft in der Berliner Kraftwirtschaft eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Unterstellt man aber selbst die Vernünftigkeit und Durchführbarkeit der Europa-pläne der Sofina und des Herrn Oliven, so wäre der rein öffentliche Charakter der Berliner Werke dafür kein Hindernis. Er wäre nur eine unerwünschte Kontrollmöglichkeit und ein Hindernis für unerlöste Profitpläne. Das ist nicht willkommen. Das Rückkaufsrecht der Stadt Berlin ist eine theoretische, aber keine praktische Angelegenheit. Hat Dannie Heinemann die Herrschaft über Berlin, so sind Anleihen für Berlin zur Abschüttelung Heinemanns nicht mehr zu beschaffen. Berlin hat zu diesen Vorschlägen Nein zu sagen.

ankraften verkaufen wollte. So hat denn die Großgaserei monatelang englische Kohle (billiger als Syndikatkohle, gleichbleibende Qualität) bezogen.

Jetzt ist endlich durch das Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums eine Einigung erzielt worden. Die Hauptpunkte des Streites, die Frage des Koksverkaufs und des Werkselbstverbrauchs, bedürfen allerdings noch der endgültigen Klärung durch den Reichskohlenverband. Ab 1. März wird die Großgaserei Ruhrkohle beziehen, und das Syndikat wird die Belieferung vorzugsweise durch die Zeche Westfalen vornehmen lassen.

Daraufhin hat die Zeche Westfalen ihre Zustimmung zur provisorischen Verlängerung des Ruhrkohlen-Syndikats, die bis Ende Februar erfolgen muß, gegeben, so daß nur noch ganz wenige und unwichtige Außenleiter vom Reichswirtschaftsminister zwangsweise dem Syndikat beigegeben werden müßten.

Planmäßige Produktionsregelung.

Beschlüsse der deutschen Baumwollspinnereien.

Die deutschen Baumwollspinnereien haben sich zur Durchführung einer großzügigen Produktionsregelung zusammengetan. Beteiligt sind die vier großen Baumwollspinnereiverbände (in Süddeutschland, Rheinland-Westfalen, Sachsen und Schlesien). Damit werden nahezu alle, also etwa rund 10 Millionen Spindeln erfaßt. Die vorliegenden Beschlüsse sind als der Ausgangspunkt für ein großes Produktionskartell anzusehen. Die Drosselung soll sich zunächst auf einen Zeitraum von 6 Wochen beziehen. Von einer Vereinhaltung der Drosselung sieht man ab. Diejenigen Fabriken, die bis 60 Proz. beschäftigt sind — als Normalbeschäftigung gilt die Beschäftigung der Gesamtzahl der Spindeln bei einer 54-Stunden-Woche (1) —, verpflichten sich, die Beschäftigung nicht darüber hinaus zu steigern. Bei einer Beschäftigung bis 70 Proz. tritt eine Drosselung auf 60 Proz., bei einer Beschäftigung bis 80 Proz. auf 65 Proz. und bis 90 Proz. auf 70 Proz. ein. Betriebe, die über 90 Proz. beschäftigt sind, sollen um ein Viertel kürzen. Daraus ausgeschlossen sind Zweifelspindeln, alle Spindeln, bei denen Feingarne in Nr. 70 englisch und darüber hergestellt werden, und diejenigen Spindeln, die Exportgarne produzieren. Bei den Spinnwebereien fallen die Verkaufsspindeln unter die Drosselung.

Minister Steger verlangt Selbsthilfe.

Tagung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Im Freitag hielt die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer ihre 13. Hauptversammlung ab. Präsident Dr. Brandes eröffnete die Sitzung und hielt das Hauptreferat. Wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren eintrete, müsse der Rückgang der Landwirtschaft zu ihrem Verfall führen. Die Verschuldungsziffern und die Zahlen der Zwangsversteigerungen erhöhten sich ständig; die Preiswende, zuungunsten der Landwirtschaft, lasse nach wie vor. Präsident Brandes gab zu, daß auf dem Wege der Selbsthilfe noch vieles zu tun bleibe. Er verlangte größere Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten und das Streben nach Herabminderung der Reparationslasten. Er meinte, eine Lösung von handelspolitischen Bindungen sei keineswegs Utopie.

Ueber die Dsthilfe äußerte sich von Flemming-Paahig. Er forderte die Schaffung von Rentabilitätsmöglichkeiten für die Landwirtschaft, eine Lastensenkung für den gesamten Osten und die Durchführung der Um- und Entschuldung. Auf die Schnelligkeit und Gründlichkeit der Durchführung sei besonderer Wert zu legen. Nach mehreren anderen Referaten ergriff der preussische Landwirtschaftsminister Steger das Wort. Bei aller Anerkennung der Rationalisierungserfolge müßten die Genossenschaften mit noch größerem Nachdruck an die ihnen gestellten Aufgaben gehen. Die Landwirtschaft müsse freiwillig und ohne Zwang die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Produktion wie auf dem des Absatzes treffen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß nicht nur der Osten, sondern auch die Gebiete der Eifel, des Hunsrück, des Westerwalds u. a. m. Not litten. Eine vom Präsidenten Brandes beantragte Entschließung betont, daß die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer sich gleich dem Deutschen Landwirtschaftsrat hinter das neue Agrarprogramm der Reichsregierung stelle.

Hermann Wendel: Franz Diederich

Zu seinem zehnten Todestage

Er ist nun auch schon zehn Jahre tot, und über ein Vierteljahrhundert ist verstrichen, seit wir uns kennen lernten. Damals war Franz Diederich, Feuilletonredakteur an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, dem Vorläufer der „Dresdener Volkszeitung“, gerade ins Schwabenalter eingetreten, aber er sah nicht so aus, wie die Generation von heute mit vierzig aussieht. In Gestalt und Schöbe erinnerte er wahrhaftig an den Heben Gott, wie ihn Th. Th. Heine im „Simplicissimus“ zeichnete: mit einem Krausbart um ein gültiges Gesicht, dicke, runde Brillengläser vor vollkommenen Augen, eine Faltenstirn, eine Weisheitsglatze und etwas dicke Finger, die mit gemessener Landfart die Schaggefe zu stopfen pflegten. Außerlich wirkte er also gar nicht jung. Aber wie jung er innerlich war, enthüllte sich, wenn er auf dem Heimweg, die prall gepackte Büchermappe unter dem Arm, den Schritt hemmte, um über einen Blg seines Begleiters so herzlich und gellend zu lachen, daß sich die Spiegel der ehebaren Haupt- und Residenzstadt schier entrüstet nach dem abgetragenen schwarzbraunen Havelock umdrehten.

Auch bei ergreifendem Haar blieb Diederich jung, weil er zweierlei war und beides nicht nur oberhalb und nebenbei, sondern ganz und gar, mit Leib und Seele, auswendig und innen: ein Sozialist und ein Dichter. Als der am 2. April 1865 zu Hannover Geborene nach Unioerstützungen in Leipzig und Jena und dem Zusammenbruch der sehr üppig gediehenen Jugendphantasie in das eigentliche Leben hinaustrat, war die Sozialdemokratie unter Bismarcks Ausnahmegesetz verbannt, geächtet, geächtet. Aber den jungen Doktor der Philosophie und Naturwissenschaften, der aus bürgerlichen Bezirken kam und erst einen Unterschlupf in der Redaktion des Brothauschen Konzeptionsorgans gefunden hatte, trieb es unüberwindlich in die Reihen der um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiter, und nachdem er einmal in der Bewegung festen Fuß gefaßt hatte, hielt er ihr unerschütterlich die Treue bis zum letzten Atemzug. Einem sozialdemokratischen Redakteur piff damals schärfer Wind um die Nase als heute; auch den guten Diederich führten die Büttel als Verantwortlichen der Vorwände „Arbeiterzeitung“ wie einen Raubmörder gefesselt über die Straße, und zwei grüne Sommer und zwei weiße Winter — sah er wegen irgendeines Besessenen hinter Gitterstäben. Nach acht Jahren an der „Bremer Bürgerzeitung“ kam er zu Jahrhundertanfang an das Dresdener Parteiblatt, um nicht lange vor dem Kriege in die Feuilletonredaktion des „Vorwärts“ überzusiedeln. Die Alptrud- und Hungerjahre 1914 bis 1918 setzten ihm hart zu, und obwohl ein patriarchalisches Alter niemandem so gut zu Gesicht gestanden hätte wie Franz Diederich, erlosch dieses Leben am 28. Februar 1921, als es kaum 56 Jahre gewährt hatte.

Es war das Leben eines großen Kulturmänners. Unermüdet suchte Diederich durch das geschriebene Wort untern Strich oder durch das gesprochene Wort im Vortragssaal den Arbeitern die großen Dichter und Denker nahezubringen, gab Goethe, Heine, Lafontaine und Gloppe mit tiefgründigen Einleitungen und in sorgfältiger Auswahl heraus und einte die Freiheitlieder aller Zeiten und Völker in der klassischen Anthologie „Von unten auf“ (bei Diez, Berlin) zu einem brausenden Akkorde. Keine Verzeigerung, sondern Sammlung war es, wenn er daneben Kraft und Klugheit in den Dienst des Goethe-Bundes, des Dürer-Bundes oder der Berliner Volksbühne stellte.

Aber da ihn die Glocken der Poesie von früh auf unläßt halten, trug seine Muse nicht selten auch die phrygische Mütze. In dem Versband „Die Hämmer dröhnen“ (Dresden 1911) schweift der große Brand des Jahrhunderts; auf diesen Seiten stehen soziale und sozialistische Strophen, die, weil sie nicht von einem Reimschmied, sondern von einem Dichter kommen, zum Schönsten unseres Irgischen Bestandes gehören. Den Kämpfern des 18. März ruft der Poet zu:

Dampf schnaubt das Eisenroh der Zeit,
Aus vollen Schloten quillt der Dampf.
In schmerzlichen Köhren, enggereiht,
Steht auf den Weibern Halm an Halm,
Und immer weilt die Furcht der Pflug,
Und neue Keder prangen —
Du Volk, das einst die Vorherrschaft suchte,
Die Saat ist aufgegangen!

Und überall die Erkenntnis, daß nichts verloren geht, daß kein Freiheitskämpfer vergebens hintritt, daß im Kampf um der Menschheit große Gegenstände kein Tropfen Blut umsonst verspritzt wird:

Sturz und Tod sind Kämmerfallen,
Sautenwurf gesuchter Zeit.

So mitreißend in Diederichs Dichtung das Trostwort aufklang, das den unterdrückten Völkern galt, so stille und heimliche Wege wählte seine Muse auch mit verträumten Lächeln zu gehen. Da sind die Lyrikbücher, das erste „Wortspiegel und Sittung“ (München 1902), das rasch die wohlverdiente zweite Auflage erlebte, das andere „Die weiße Heide“ (München 1904); in beiden blüht und duftet der ganze Zauber der norddeutschen Heideansicht, die Diederich schon aus seiner hannoverschen Heimat kannte und liebte und die sich ihm aufs neue in den Bremer Jahren wunderbar erschloß:

Renjageläutert sähest der Blindhand,
Korben lehnt kein fischer Sinn,
Gelbe Dornblumen sit er
Heppig längs den Gräben hin.

Von den feuchtgedräunten Wiesen
Wid der Wälder Winterpar,
Und ein erstes grünes Spritzen
Ueberrimmert schon die Fluß.

Nern aus kahler Eichenbegung,
Schargemoli auf klarem Fluß,
Blanzeln rote Bauernhöfe
Durch der Stämme hohes Grau.

Ruhhinunter treiben dunkel
Erste Segel aus dem Moor.
Umfig rückt am Berg die Mühle
Ihrer Flügel Spiel empor.

Und vom Berg dorüberthronend
Blickt die Kirche hell ins Land,
Grüße weh'n, aufs Klodengelde
Wüstenmeer hinausgefaßt.

Vielleicht wird eine Zeit, die den Berliner „Betrieb“ und das amerikanische „Tempo“ überwunden hat, sich wieder einmal dieser echten und jarten naturverbundenen Dichtart eines „Marxisten“ zuwenden.

Doch Grundklang der Sozialisten wie der Naturist: Diederich war der Gebante der Menschheit von Welt und Reich. Diederich in sich ruhende Niederdeutsche hatte das Goethische: Strich und Werdel in sich; er war Romant, insofern sich ihm jedes Wachsen und Wilken zu einem Kreise rundete; überall sah er Verkettungen und Verknüp-

fungen, überall Stufen einer Entwicklung, überall Quälen und Ströme, überall ein Drängen zum Licht:

Start ruht in allen Dingen

Der Urkraft Reim, daß neu die Welt entsteht!

Als ein „Staubkorn der Ewigkeit“ empfand er sich und sein Pfund als Darlehen der Zukunft, für das es Zins und Zinseszins zu erakern galt; rastlos arbeitete er seine Lebtag an sich, um an anderen, für andere arbeiten zu können. Er setzte gleichsam Jahresringe an, wurde immer reifer und weiser und genoß diese köstliche Reife und Weisheit als Siegel auf seine Auffassung vom Werden und Wachsen. Weil all sein Wert und Wesen durchblutet war von dieser Dreifalt:

Kufs werdende vertraun,
Das werdende durchschau'n,
Froh am werdenden baun!

erlebte und erjähle er, jenseits aller Politik und Programms, den Sozialismus immer wieder als den Inbegriff des Werdenden, als eine, als große Kultur- und Menschheitsangelegenheit!

So wägend, waltend und wirkend, war Franz Diederich ein begnadet Teil der ewigen Schöpferkraft und so soll er kommenden Geschlechtern unvergänglich bleiben!

Antike Dentisten. Nach Gall besaßen die Etrusker schon vor 2300 Jahren Zahntechniker, die, wie er an einem bei Faieri aufgefundenen Schädel nachzuweisen vermochte, bereits kunstgerechte Goldbrückenarbeiten zu machen verstanden.

Zwischen je zwei Eisenbahnschienen muß bei der Verlegung stets eine Wärmeleiste gelassen werden. Die Schienen dehnen sich nämlich auf 1 Meter Länge bei je 1 Grad Wärmezunahme um 1,85 Millimeter aus.

Tagessbeginn. Die Juden und Mohammedaner beginnen den Tag mit Sonnenuntergang.

Wo der „weiße Mann“ nur in der Sage lebt Arme Erben einer reichen Kultur

Während die nordamerikanische Zivilisation auf Gebieten erstand, wo es niemals Ackerbau, niemals feste Siedlungen und niemals Anlässe zu einer Industrie gegeben hat, die Bohrkerne, Kesselfelder und die Wolkenkratzer der amerikanischen Bank- und Industriemagnaten also auf einstens jungfräulichen Boden zum Himmel ragen, ist die Zivilisation Lateinamerikas auf dem Trümmerfeld uralter, blühender Kulturen aufgebaut. Wo sich — wahrscheinlich Jahrtausende vor Kolumbus — bereits dichtbesiedelte Städte mit einer hand- und industrietreibenden Bevölkerung ausdehnten, befindet sich heute oft nichts als vom Urwald übermühtes Sumpfland.

Die Kultur der Mayas, bei denen Kunst und Wissenschaft, Gewerbetreibend und Handel in ungehörter Blüte standen, in mehr als einer Beziehung der der spanischen Eroberer überlegen, mußte einer penitenten, auf hemmungslose Ausbeutung der märchenhaften Reichümer des Landes abgestellten Kolonialherrschaft weichen.

In diese rätselhafte Natur eines Volkes, von dem wir heute noch weniger wissen als von der Vergangenheit anderer Völker, denen die Mayas unvergleichlich überlegen waren, dessen Hieroglyphenschrift wir noch immer nicht zu lesen imstande sind, wurde in den letzten Monaten durch die Tätigkeit der mit allen erdenklichen Hilfsmitteln ausgerüsteten, unter Führung der Archäologen Gregory Wilson und Herbert J. Spinden auf der halbinsel Yucatan arbeitenden Forschungs Expeditionen einiges neues Licht gebracht.

Aber nur totes Gestein spricht zu ihnen. Leben wirklich irgendwo nachfahren jener Mayas, die, unbedorben vom Einfluß der christlich-spanischen Zivilisation, von vergangener Größe zu jungen wühten?

Ein Schüler Herbert J. Spindens, der Ethnologe Desmond Holdridge, hat das Wagnis unternommen, den gefährlichen Bichautos in den unerforschten Bergwäldern des südlichen Venezuela, die vor ihm keines Weibes Fuß betreten hat, einen Besuch abzustatten, und sein Bericht, stellenweise erschütternd, gehört wohl zu den interessantesten Dokumenten völkertunlicher Forscherarbeit.

Von Manaco, der Hauptstadt des brasilianischen Staates Amazonas, oberhalb der Mündung des Rio Negro in den Amazonasstrom, stieg Holdridge über die hohe Wasserfährde des Stromgebietes der Erde in die Ebene des südlichen Venezuela hinab, durchquerte hundert Meilen unersorschten Landes, bis er an den gleichfalls unersorschten Turitanstrom gelangte, auf dem er in einem Kanu mehrere Tage flussabwärts fuhr und befand sich dann in jenem Gebiet, das die Brasilianer „O meio mundo“ (Die halbe Welt) nennen.

Bald befand er sich mitten im Bereiche der Bichautos, der einzigen von den Segnungen der europäischen Kultur verlassenen Nachkommen der Mayas, von denen man ihm erzählt hatte, daß sie jeden Weißen und jeden Schwarzen, der in ihre Nähe gelangte, töteten. Aber auch hier erwies sich, daß wir Wilde doch bessere Menschen sind. Als „Karianas“ (weiße Männer) gelten nämlich den Bichautos — wie sich herausstellte — lediglich die verhassten Brasilianer und Venezolaner, während sie die Nordamerikaner und Engländer als „Baranatur“ (Seeräuber) bezeichnen.

Wie verblüfft war der Ethnologe, als er fast die ganze Bevölkerung riesige Kreuzfuge in Händen halten sah! Sollten diese gefährlichen und gehähten Indianer, deren Existenz sogar von vielen überhaupt bestritten worden war, in Wirklichkeit Christen sein? Es schien ungläublich.

Nein, die Bichautos hielten noch immer an ihrem alten Götterglauben fest, aber toleranter als die christlichen Konquistadores, hatten sie das Kreuzfuge in die Zahl ihrer zauberkräftigen Talismane und Amulette gleichberechtigt aufgenommen. Ein Bichautomann war auf einer Wanderung vor vielen Jahrzehnten einmal bis zu einer venezuelanischen Siedlung gelangt, wo er bemerkte, wie groß der Einfluß dort ein Priester hatte. Er schloß daraus, daß das Kreuzfuge ein zauberkräftiger Talisman sei, aus dem dieser weiße Mann seine Macht ableite. Er berichtete von seinem Erlebnis zu Hause und die Folge war, daß heute der größte Teil der Bichautos Kreuzfuge besitzt, ohne von Christus, dem Christentum oder auch nur von Missionaren eine Ahnung zu haben.

Nach lebt die ihren Vorfahren vor einem halben Jahrtausend angehende grauhäutige Abnill im Gedächtnis der Bichautos fort. „Reine auf's Geratewohl gelane Frage“, so berichtet Holdridge, „ob sie jemals weiße Männer gesehen hätten, ließ jahrhundertalten Hoff und die Geschichte fortgesetzter Verfolgungen lebendig werden. Sie sagten, daß sie wohl selber niemals weiße Männer gesehen

Das Geheimnis der Wünschelrute

Die archäologischen Funde, die jetzt in Italien mit Hilfe der Wünschelrute von der Bäuerin Maria Malaloni gemacht werden, erregen dort großes Aufsehen, und die Verwertung dieses Zauberstabes, der schon im Mittelalter bekannt war, erhält dadurch ein neues Feld. Man hat sich mit der Erklärung dieser Erscheinung, durch die ein gabelförmiger Stab das Vorhandensein unterirdischer Wasserläufe und Metalladern anzeigt, viel beschäftigt, und ernste Wissenschaftler bemühen sich um die Erklärung dieses Geheimnisses, nachdem gut beglaubigte Leistungen besonders in den wasserarmen deutschen Kolonien Afrikas festgestellt waren. Eine befriedigende Deutung dieses Vorganges ist aber erst jetzt durch Walter Buih gegeben worden, wie Heinrich Lutz in den „Sozialistischen Monatsheften“ berichtet.

Buih benutzt, wie alle modernen Rutengänger, eine aus Metalldraht gebogene Wünschelrute, und er hat durch seine Versuche festgestellt, daß sie bei unterirdischen stehenden Gewässern verlagert. Seine Erklärung geht nun dahin, daß beim Durchfließen von Wasser durch das Erdreich Reibungselektrizität entsteht, die sich dem umgebenden Erdreich und der darüberliegenden Luftschicht mitteilt. Es entsteht also an solchen Stellen, wo in der Erde eine gewisse Elektrizität vorhanden ist, in der Luft ein anderes elektrisches Potential als im übrigen Luftraum. Die mit beiden Händen gehaltene, elektrisch leitende Wünschelrute dient als Aufhangvorrichtung für diese Luftelektrizität, und zwar wird der menschliche Körper elektrisch aufgeladen und wieder entladen. Lade- und Entladestrom, die durch Hände und Arme hindurchfließen, wirken auf die Nerven der Hand- und Armmuskeln und verursachen eine Zusammenziehung. Dadurch krampfen sich die Hände und dieses Zusammenkrampfen bewirkt einen Ausfall der Wünschelrute. Für diesen Ausfall, durch den eine Veränderung der elektrischen Feldstärke in der Luft nachgewiesen wird, ist einmal das Vorhandensein einer solchen elektrischen Spannung notwendig und dann ein Mensch, dessen Muskeln auf ganz geringe Ströme reagieren. Man hat es also mit einem elektrischen und einem physiologischen Vorgang zu tun. Die Wünschelrute wirkt als Aufhangvorrichtung für die elektrische Ladung und als Anzeigevorrichtung für die Zusammenziehung der Handmuskeln.

hätten, wohl aber ihre Ahnen, die ihnen ihre grausamen Erfahrungen überliefert hätten. Vor vielen Jahren lebten ihre Vorfahren in einem reichen Lande, wahrscheinlich im Stromgebiet des Orinoko. Dortin seien weiße Männer, die sich „Spanoles“ nannten, gekommen. Diese weißen Männer trugen die Frauen ihrer Vorfahren davon und verflauten die Männer. Wenn sich die Männer weigerten, für die Spanoles zu arbeiten, dann schnitten ihnen die Spanoles die Köpfe mit ihren Schwertern ab.“

Die Bichautos fischen dann in die Ebenen des südlichen Venezuela und des nördlichen Brasilien. Aber hier wurden sie von Angehörigen ihrer eigenen Rasse, den Trefunas und den Matschis, angegriffen und in erbarmungslosen Kämpfen fast ausgerottet. So zogen sie sich in die Urwälder des Oberlaufes des Orinoko zurück und schlossen sich vollkommene ab.

Die bei den Mayas in so hoher Blüte stehende Astronomie ist auch ihnen arzteligen Nachfahren nicht unbekannt. Die Bichautos messen das Jahr nach dem Stand des Sternbildes der Wägen und richten Anbau und Ernte danach ein. Die Sonne dient ihnen lediglich zur Bezeichnung der Tageszeit.

Das Alter eines Mannes wird nicht nach der Zahl seiner Jahre bemessen, sondern nach der Größe seiner Kinder. „Ein Bichauto fragt niemals: „Wie alt bist du?“, sondern: „Wie groß sind deine Kinder?“

Aus diesem Umstand folgt, daß es nur selten unbeweibliche Bichautos gibt und daß sich der Bichauto schon in sehr jungen Jahren eine Frau nimmt.

„Auf den ersten Blick“, so berichtet der amerikanische Ethnologe, „scheint das Los der Frauen bei den Bichautos durchaus kein bedauerndes zu sein. Sie tragen schwere Lasten Brennholz, große Wasserkrüge und die Jagdrüstung ihrer Ehegatten. Sie verfertigen die Töpferwaren und die Hängematten. Sie bestellen den Acker und fischen. Aber die Jagd — Jagd nicht aus Sport, sondern um den Lebensunterhalt zu bestreiten — ist eine grausam harte Arbeit für die Männer, wenn man bedenkt, daß sie sich mit ihren primitiven Instrumenten einen Weg durch den dichten Urwald bahnen müssen. Die Männer erbeuten auch die Häuser, fischen die Körbe, erledigen die Kinder und ziehen auf den Kriegspfad. Und liegt ein Mann tot in der Hängematte, anstatt auf die Jagd zu gehen, dann wird er bald seiner Frau verlustig, ohne hoffen zu dürfen, Erbschaft zu finden. Denn niemand läßt es sich gefallen, eine Frau zum weiteren Zusammenleben mit einem Manne zu zwingen, der nicht für sie sorgt. So erfreuen sich die Frauen einer erstaunlichen Freiheit. Die Mädchen können sich nach Gurdanken ihre Ehemänner aussuchen und verlassen sie, sobald jene ihre Erwartungen nicht erfüllen. Die Weibche ist zwar gesättigt, aber die beschränkte Zahl der Frauen führt praktisch zur Einsamkeit und nur der Häuptling oder der Medizinmann haben mehr als eine Frau.“

Bei den Bichautos hat Holdridge die völkertunlich so überaus interessante Einrichtung des Mannes wochenbettes festgestellt. „Einige Zeit vor der vermutlichen Geburt“, so erzählt er, „begibt sich der zukünftige Vater in seine Hängematte und verflücht, daß er ein Kind bekommen wird. Seine Bekannten und Verwandten besuchen ihn und bieten Rat und Hilfe an. Die Mutter dagegen arbeitet bis etwa einen oder zwei Tage vor der Einbindung wie gewöhnlich. Dann verschwindet sie im Urwald — ganz allein — und kehrt erst mit dem neugeborenen zurück. Die Geburt des Kindes, so sagen die Bichautos, wird ungeduldet von den bösen Geistern erwartet. Das Wochenbett des Vaters dient dazu, die bösen Dämonen zu überlisten. Da die Seele des Kindes dem Vater gehört, darf er vor seiner Geburt nicht auf die Jagd gehen, um nicht etwa wider Willen die Seele zu töten.“

Kast durch drei Wochen hielt sich Desmond Holdridge unter den Bichautos auf. Er hätte wohl gern noch länger in ihrer Mitte gewohnt, um ihre Sitten und ihre einzigartigen Ueberlieferungen zu studieren, in der eine vor Jahrhunderten erstarbende, bereits glanzvolle Kultur weiterlebt.

Aber langsam regte sich unter den Bichautos der Jahrhundertalte Hoff gegen die weiße Rasse, die alle erdenkliche Mißachtung auf ihre Vorfahren gehäuft hatte. Eines Nachts griffen sie zum Schein das Lager des amerikanischen Forschers und seiner indianschen Begleiter an. Es war ein deutscher Wirt. Desmond Holdridge verstand ihn und am nächsten Morgen verließ er das Gebiet, in das sich die armen Erben einer reichen Kultur vor den Segnungen des Christentums zurückgezogen hatten. L. K.